Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 250. Montag, den 25. Oktober 1920. 27. Jahrg.

Der Montantrust.

Von Kurt Wurbs (Bochum).

Daß Kriege und Revolutionen nach dem Marxschen Wort in der Tat „Lokomotiven der Entwicklung" sind, beweisen am trefflichsten die riesenhaften Kapitalskonzentrationen, die sich in den letzten Monaten, Wochen und Tagen in Rheinland-Westfalen vollzogen haben. Hier schlägt nicht mehr ein Kapitalist den anderen tot — hier vollzieht sich die Vernichtung im Großen! Kapitalistengruppen kämpfen gegen Kapitalistengruppen, und wo das größte Kapital, die rücksichtsloseste Energie, dort auch der Sieg. Der Unterlegene gerät in die Befehlsgewalt des Stärkeren, wogegen dieser seinen Machtbereich immer mehr erweitert und zum uneingeschränkten Diktator wird. So verwirklicht sich hier im rheinisch-westfälischen Industrierevier die höchste Organisationsform des Kapitalismus, der gigantische Riesentrust, der zugleich die unmittelbarste Voraussetzung für den Sozialismus darstellt.

Es ist nicht lange her, daß die Presse von der Aufsaugung kleinerer und größerer Unternehmungen durch die Firma Stumm und anderer Konzerne berichten konnte. Dieser Aufsaugungsprozeß, diese kapitalistische „Enteignung", hat in den letzten Tagen einen wesentlichen und bemerkenswerten Fortgang erfahren, ohne jedoch damit abgeschlossen zu sein. Die Träger der letzten Kapitalzusammenballungen sind die beiden bekanntesten Konzerne des rheinisch-westfälischen Industriegebietes: der Stinnes- und Funkekonzern. Vor wenigen Wochen war es Stinnes gelungen, zwischen der gewaltigen Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und seiner Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. eine Interessengemeinschaft herbeizuführen. Damit war der Grundstein zu dem Montantrust gelegt, der in diesen Tagen zustande gekommen ist. Einmal die Interessengemeinschaft gesichert, gingen beide Gruppen an die Ausführung weiterer Konzentrationspläne. Gelsenkirchen versucht, die Gewerkschaft „Graf Schwerin", die selbst wieder an anderen Unternehmungen nicht unbeträchtlich beteiligt ist, für etwa 100 Millionen Mark zu erwerben und Deutsch-Luxemburg . . . Aber das ist ein Kapitel für sich!

Der Kapitalismus frißt seine eigenen Kinder. Uebrig bleiben letzten Endes nur einige Mammutgebilde, die allbeherrschend die deutsche Volkswirtschaft umspannen. Zu einem solchen Mammutgebilde wurde der Stinneskonzern, als er mit Erfolg den Versuch unternommen, die Aktienmajorität des Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation aufzukaufen. „Bochumer Gußstahl" ist ein großer gemischter Betrieb. Er besitzt außer dem Gußstahlwerk mehrere Kohlenzechen und Eisenerzgruben und beschäftigt etwa 18 000 Arbeiter, denen gegenüber er sich nicht gerade in wünschenswerter Weise loyal benahm. In den letzten Tagen meldeten die Blätter, daß es Stinnes gelungen sei, durch Vermittlung dreier Großbanken, die sich ihrerseits wieder eines Berliner Bankhauses bedienten, sein lange geplantes Vorhaben auszuführen und die Aktienmajorität der „Bochumer Gußstahl" in seine Gewalt zu bringen.

Daß mit den Aktien der „Bochumer Gußstahl" irgend etwas los war, wußte man längst. Es ist noch gar nicht lange her, daß man an der Börse ein sprunghaftes Steigen der „Bochumer Gußstahl-Aktien" bemerken konnte. Während noch im Juli dieses Jahres ihr Kurs „nur" 300 betrug, kletterte er in kurzer Zeit auf über 800. Als damals unser Bochumer Parteiblatt, wie auch die bürgerlichen Börsenblätter die Vermutung äußerten, daß hier eine finanzkapitalistische Schiebung im Gange sei, beeilte man sich offiziell mitzuteilen, daß irgend welche Pläne nicht bestünden. Daß sie bestanden haben, beweist nunmehr der plötzliche Personenwechsel der Aktienbesitzer. Wieweit die Großbanken oder deren Vorder- oder Hintermänner an dem Genuß der ungeheuren Kurssteigerung beteiligt waren, weiß außer den Eingeweihten natürlich niemand. Jedenfalls sind hier enorme Spekulationsgewinne gemacht worden. Selbst Stinnes soll die Aktien zu einem Kurse von 600 erworben haben! — Uebrigens sind auch die Dividenden des Bochumer Vereins ganz außerordentlich gestiegen. Während die Aktionäre im Vorjahre nur 5 Prozent erhielten, erhöhte, trotz großer Abschreibungen, die Gesellschaft die Dividende in diesem Jahre auf 15 Prozent, und es wird vermutet, daß im kommenden Jahre noch fettere Gewinne zu erhoffen sind. Ist solcher Profit auch nicht so überaus glänzend als der der „Phönix A.-G.", die bei einem Reingewinn von nicht weniger als 50 484 152 Mk. 20 Prozent Dividende in Vorschlag bringt (im Vorjahre 8 Prozent!), wozu noch nicht einmal die Hälfte des Reingewinns beansprucht wird, so beweisen doch beide Abschlüsse zur Genüge, wie grenzenlos die Phrase von den „hohen Löhnen" ist, die angeblich die Hebung der Produktion und damit den Aufbau Deutschlands hindern sollen.

Außer dem Erwerb der Aktienmajorität von „Bochumer Gußstahl" kauft Stinnes augenblicklich die Aktien des Mülheimer Bergwerkvereins auf, versucht er, die Herrschaft über die Essener Steinkohlenwerke zu erlangen und steht in Verhandlungen mit den Adlerwerken (vorm. H. Kleyer) zwecks Abschluß einer Interessengemeinschaft. Doch wenn auch das eine oder andere dieser Projekte nicht zustande kommen sollte, so besitzt der Stinneskonzern schon heute eine so riesenhafte Größe, wie sie einzig in der Welt dasteht!

Eine weitere gewaltige Reihe von Transaktionen plant der sogenannte Funkekonzern, der neben Stinnes einer der größten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist. Wie gemeldet wird, soll eine Generalversammlung der Bochumer Gewerkschaft „Lothringen", ein umfangreiches Unternehmen, die Umwandlung der Gewerkschaft „Lothringen" in eine Aktiengesellschaft mit einem nominellen Kapital von 75 Millionen Mark beschließen. „Lothringen" ist ein großer gemischter Betrieb, der außer einer Anzahl Kohlenzechen noch eine chemische Fabrik, Werft, Sprengstoff- und Maschinenfabrik umfaßt. Diese Umwandlung soll den Mittelpunkt einer ganzen Reihe weiterer Transaktionen bilden, die alle darauf hinauslaufen, das Großkapital der rheinisch-westfälischen Industrie in wenigen Händen zusammenzuschweißen. Die Kapitalskonzentration wird auf die Spitze getrieben. Die Frage der Sozialisierung hört hier auf, bloße „Frage" zu sein: sie wird zum Gebot der Stunde, wo die Frage nach der gesellschaftlichen Oekonomie vom Finanzkapital selbst gelöst ist.

Und so sehr auch die Stinnespresse versucht, gerade von diesem Hauptpunkt abzulenken und die erfolgte Kapitalskonzentration im Hinblick auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die sich aus den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und der Gefahr der ausländischen Ueberfremdung ergeben, zu entschuldigen, so bleibt für uns die Frage der Sozialisierung angesichts dieses Riesentrustes die wichtigste. Denn ohne Zweifel wird die Macht des Kapitals im Kampfe gegen die Sozialisierung durch solche Zentralisation ungeheuer gestärkt. Auf dieser Basis wird der Endkampf um den Sozialismus sich abspielen: Dort das in reinster Form bestehende Finanzkapital, gerüstet durch seine wirtschaftliche Macht — hier die vereinte und organisierte Arbeiterklasse, die um so eher den sicheren Sieg erringen wird, je geschlossener sie in sich und je tiefer sie von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugt ist.

Leistung und Gegenleistung.

Soll Deutschland mehr Körner- und Hackfrüchte ernten, so muß den Feldern in möglichst großem Umfange künstlicher Dünger zugeführt werden. Gegenwärtig wird nicht einmal der künstliche Dünger, den Deutschland fabriziert, abgesetzt, weil die Preise zu hoch sind und die Landwirte das Risiko scheuen. Neben der Steigerung der Produktion bleibt als Ziel die Preisverbilligung zu erstreben. Denn nur wenn der schon so oft angestrebte Preisabbau bei der Urproduktion beginnt, kann er nach Verbilligung der notwendigsten Lebensmittel auch auf die anderen Gebiete übergreifen.

Für die Vergrößerung und Verbilligung der inländischen Ernte ist also die erste unerläßliche Vorbedingung, daß recht viel künstlicher Dünger den Landwirten zur Verfügung gestellt und so weit verbilligt wird, daß sie die Ernte entsprechend billiger abgeben können und trotzdem noch eine angemessene Rente aus ihrem Grund und Boden erzielen. Es müßte also ein Vertrag mit den Landwirten abgeschlossen werden, der ihnen einen bestimmten niedrigen Preis für die Düngemittel sichert, der sie andererseits aber zu der Gegenleistung verpflichtet, Getreide und Kartoffeln billiger abzuliefern. Die Landwirtschaft wird sich mit einem solchen System umso eher abfinden können, als ja bisher auch schon andere Berufe sich mit festgesetzten, begrenzten Gewinnen begnügen mußten, und als es besonders im Wesen der Landwirtschaft liegt, mit einer gesicherten Rente zu wirtschaften, anstatt selbst unverhältnismäßig große Risiken einzugehen. Ein entsprechendes Verlangen ist von der Landwirtschaft selbst wiederholt ausgesprochen worden. Die für die Verbilligung der Düngemittel aufgewendeten Summen werden in keinem Verhältnis stehen zu den Summen, die wir jetzt infolge unzureichender deutscher Ernte an das Ausland für Zukäufe von Millionen Tonnen Auslandsgetreide zahlen müssen. Am besten wäre die Verbilligung durch **Uebernahme der Düngemittelfabriken in staatliche Verwaltung, also Sozialisierung,** zu erzielen.

Auf dem angegebenen Wege läßt sich das Ziel erreichen, im Inland soviel Getreide zu produzieren, daß nichts zugekauft zu werden braucht. Dadurch allein würde sich unser Geldstand bedeutend verbessern. Alle anderen Waren und Rohstoffe, die wir einführen müssen, würden mit der verbesserten Valuta sich ebenfalls viel billiger stellen, sodaß ein weiterer Preisabbau im Inland mit Erfolg durchgeführt werden könnte.

Bei der Fett- und Fleischproduktion liegt es ganz ähnlich. Hier kommt es auf die Verbilligung der Kraftfuttermittel an. Sie müssen, damit sie billig abgegeben werden können, zentral eingekauft und dann durch eine Verbilligungsaktion den Viehhaltern wohlfeil zur Verfügung gestellt werden, wofür diese wiederum Fleisch und Milch vertragsmäßig entsprechend billiger abgeben könnten. Wenn man bedenkt, daß wir heute für Fett, Milch und Fleisch aus dem Ausland 15 Milliarden Mark ausgeben müssen, daß aber die gesamten, aus dem Ausland einzuführenden Futtermengen nur 6 Milliarden kosten würden, so ist auch hier der Minderverbrauch an Auslandsgeld offenbar. Die so erzielten Inlandsmengen an Fett und Fleisch könnten der Bevölkerung in größeren Mengen als bisher und zu einem Drittel des jetzigen Preises zur Verfügung gestellt werden. Auch hier gilt wieder der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung auf Grund von Lieferungsverträgen.

Es ist höchste Zeit, daß dieser einzig gangbare Weg nunmehr sofort und mit aller Energie verfolgt wird, wie das Otto Braun auf dem Parteitag in Kassel verlangt hat. Denn bei dem jetzigen Zustand des Rückganges der Produktion und der fortdauernden Erhöhung der Preise müssen wir in kurzer Zeit zu einer völligen Entwertung des deutschen Geldes und damit zu einem Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft kommen. Es darf kein Mittel unversucht bleiben, um die unübersehbaren sozialen und politischen Folgen abzuwenden, die aus einer solchen Katastrophe entstehen müßten.

Ein Bundesstaat Oberschlesien.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat Sonnabend mittag seine Beratungen abgeschlossen, an denen neben den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung insbesondere auch die oberschlesischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten teilnahmen. Die Reichsregierung erklärte am Schluß dieser Beratungen, alsbald eine Gesetzesvorlage einbringen zu wollen, wonach Oberschlesien, falls die Abstimmung für Deutschland ausfällt, vollkommene gliedstaatliche Autonomie erhalten soll, wenn die Bevölkerung ein solches Verlangen stellt. Die Annahme dieses Gesetzes durch den Reichstag ist nach dem Verlauf der Ausschußverhandlungen und nach den dort von den Führern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Ratifikation des polnisch-ukrainischen Vertrages.

TU. Lemberg, 24. Oktober. In Charkow wurde am 20. ds. Mts. die Sitzung des ukranischen Zentralkomitees eröffnet. An erster Stelle wurde die Ratifikation des mit Polen abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages und der Friedenspräliminarien erörtert. Nachdem der Präsident des Rates der Volkskommissare und der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten ausführlich Bericht erstattet hatten, wurde der Vertrag nach eingehender Diskussion einstimmig angenommen.

Vergewaltigung des Danziger Parlaments durch die alliierte Verwaltungsbehörde.

In der Danziger verfassunggebenden Versammlung haben sich in letzter Woche Vorgänge abgespielt, von denen in der größeren Oeffentlichkeit kaum Notiz genommen werden würde, wenn nicht wegen der in Paris bevorstehenden Entscheidungen Danzig mehr in den Vordergrund des Interesses gerückt wäre. Tatsächlich handelt es sich um einen Zwischenfall, der mit der allgemeinen Danziger Frage nur recht wenig zu tun hat und wirklich nicht mehr als einen Sturm im Glase Wasser darstellt. Der Sachverhalt ist folgender: In der verfassunggebenden Versammlung waren kürzlich von einem mehrheitssozialistischen Abgeordneten Angriffe gegen die Justizverwaltung im Freistaat gerichtet worden. Nun hatte der Präsident des Danziger Landgerichts in seiner Eigenschaft als Mitglied des Danziger Staatsrats in einem Schreiben zu den Angriffen Stellung genommen und den Präsidenten der Versammlung gebeten, diese Rechtfertigung in einer Plenarsitzung zu verlesen Hiergegen protestierte die Linke, und es kam zu großen Radauszenen, bei denen ein „Unabhängiger" dem Schriftführer das Schreiben aus der Hand riß. Nach mehrfachen Unterbrechungen der Sitzung vertagte sich das Haus. Als nun Freitag auf einen Antrag von sozialistischer Seite das Parlament sich wieder versammelte, wurde ein Schreiben der alliierten Verwaltung verlesen, worin diese wegen der Vorkommnisse vom 20. Oktober die vorläufige Vertagung der verfassunggebenden Versammlung verfügte. Auch gegen diesen Schritt, den die Mehrheit der Versammlung ruhig hinnahm, protestierten die beiden Linksparteien, und sie beschuldigten die Rechte des Hauses, daß sie sich mit der fremdländischen Verwaltung in Verbindung gesetzt habe, und mit Hilfe des Oberkommissars versuche, das Haus arbeitsunfähig zu machen.

Es lohnt wohl kaum, zu diesem „Staatsstreich" Stellung zu nehmen. Aber immerhin zeigt auch dieser Zwischenfall, wie notwendig es ist, daß die Rechtsverhältnisse des Danziger Freistaates endlich auf eine feste Grundlage gestellt werden. Denn mit der freistaatlichen Souveränität ist natürlich dieses Hineinregieren eines Kommissars in die parlamentarischen Verhandlungen nicht zu vereinbaren.

Für die einheitliche Internationale.

Jules Guesde, der neben Jaures und Vaillant berühmteste Führer der französischen Sozialdemokratie, der seit Jahren schwer leidend ist und darum nur noch selten in der Oeffentlichkeit hervortritt, hat jetzt in einem offenen Briefe, den er an den Vorsitzenden der Partei im Departement Nordfrankreich richtete, Stellung zur dritten Internationale genommen. Seine Worte sind so bedeutsam, daß sie von den Arbeitern der ganzen Welt gehört werden sollten. Der siebzigjährige Guesde (sprich: Gähd), der noch mit unserm alten Liebknecht zusammen die zweite Internationale aufgebaut hat, schreibt:

Mein lieber Delory!

Durch die Krankheit immer mehr zur Unbeweglichkeit verurteilt, kann ich Ihnen nur — für den „Cri" (Ruf) unseres lieben Nord — die Erklärungen bestätigen, die ich bei Gelegenheit sowohl Ihnen als den Freunden Lebas und Inghels gemacht habe.

Zuerst, daß die Partei, **ohne sich auf Bedingungen, die von außen stammen und die einem wahrhaften Selbstmord gleich sein würden, einzulassen, das bleiben soll, was sie ist,** und unter freier Wahl ihrer Mittel die politische und wirtschaftliche Expropriation der kapitalistischen Klasse zur Befreiung der Arbeit und der Menschheit weiter befolgen muß.

Dann, daß wir, nachdem wir aus der zweiten Internationale ausgetreten sind, nicht in eine dritte, wie sie auch sein mag, eintreten können, ohne das Weltproletariat, seinen eigenen Interessen zuwider, tödlich zu spalten. Es ist Raum nur für eine einheitliche Internationale vorhanden, die aus dem Kontakt und der Verständigung **aller nationalen sozialistischen Parteien** hervorgeht; die Pflicht sowohl als die Ehre der französischen Sektion würde darin bestehen, sie sofort zu einer vorbereitenden Konferenz einzuberufen, ohne einen Unterschied zu machen zwischen der russischen kommunistischen Partei, der Labour Party Englands, der belgischen Arbeiterpartei usw. usw.

Endlich, daß wir, ohne die Verantwortung zu übernehmen für das, was im ehemaligen Reiche des Zaren geschehen mag, es uns selbst schuldig sind, aus allen Kräften jeder Intervention gegen das in der Revolution sich befindende Rußland entgegenzutreten, das allein über seine Gegenwart und seine Zukunft entscheiden soll.

Das bleibt, mein lieber Delory, meine Ansicht, und ich wäre glücklich, wenn sie von den tapferen Genossen, von Roubaix bis Calais, mit denen ich während fast einem halben Jahrhundert den guten Kampf führte, geteilt werden könnte.

Herzliche Grüße

Jules Guesde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Gefahr für Ostpreußen.

Im „Vorwärts" lenkt einer unserer zuverlässigsten und tätigsten Genossen in Ostpreußen, Lehrer Weidemann in Insterburg, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die ungeheure Gefahr der **Losreißung Ostpreußens vom Reich durch eine separatistisch reaktionäre Erhebung.** In der Tat kann diese Gefahr gar nicht ernst genug genommen werden. Das Beispiel Bayerns soll in dem vom Reiche losgerissenen Ostpreußen nachgeahmt werden, und diese dann ihre Selbständigkeit eifersüchtig hütenden Außenteile sollen zugleich **jede Sozialisierung unmöglich machen.** Wie ja Bayern schon jetzt gegen die Sozialisierung der Kohle scharf macht.

Ostpreußen ist beim Reiche einfach nicht mehr zu halten, wenn erst einmal die selbständige Wirtschaftsprovinz Oberschlesien zugestanden ist, was zu tun man jetzt drauf und dran ist. Hinter allen Autonomiebestrebungen steckt niemand anders als Herr Hugo Stinnes, der ja seit langem das Reich in große Wirtschaftsprovinzen neu aufzuteilen plant. Der Gedanke wäre an sich sehr schön, und das verführt offenbar auch manche Genossen, mit ihm zu liebäugeln; aber gegenwärtig bedeutet diese Autonomiebewegung nichts anderes als **den Todesstoß gegen das einheitliche deutsche Reich** und gegen jede Möglichkeit sozialistischen Fortschrittes in Deutschland.

Das sollte der Artikel Weidemanns auch denen lehren, die es bisher nicht wußten.

Die Justiz des Ernährungsministers.

Der Ernährungsminister Dr. Hermes ist zugleich preußischer Staatskommissar für Volksernährung. Als solchem untersteht ihm — leider! — das Landespolizeiamt Berlin. Diesen Umstand benutzt Herr Hermes, um eine eigene Art von Rechtspflege zu etablieren.

Das Landespolizeiamt hatte in Erfahrung gebracht, daß ein Angestellter des Reichsschatzministers namens Kroll hohle Hände mache. Der Leiter des Landespolizeiamtes, Staatsanwalt Falk, veranlaßte infolgedessen eine Haussuchung in der Wohnung und den Amtsräumen des Kroll. Das notwendige Ueberführungsmaterial wurde dabei gefunden, aber das Reichsschatzministerium (Raumer-Kautz!) fühlte sich durch das Vorgehen beschwert. Infolgedessen ließ Herr Minister Hermes Herrn Falk kommen und machte ihm Vorhaltungen nicht etwa über sein Vorgehen gegen den bestechlichen Beamten, sondern natürlich nur über den „schlechten Ton", den Herr Falk dabei angeschlagen hätte. Falk erwiderte, ein bestechlicher Beamte sei in seinen Augen ein Lump, und er werde sich das Recht nicht nehmen lassen, einen solchen Lumpen auch Lumpen zu nennen. Worauf Herr Minister Hermes kurzerhand den Leiter des Landespolizeiamtes zu seinem Ministerzimmer hinauswarf.

Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß dieser Kampf des Ministers Hermes gegen den groben Ton des Landespolizeiamtes den Kampf dieser Behörde gegen bestechliche Beamte nicht fördern wird. Wir denken dabei besonders an den Fall Augustin und an einen anderen gleichliegenden Fall im Ministerium des Herrn Hermes — „verlasse Dich auf Fürsten nie!"

Wettrennen in der U. S. P. D.

Um die Zersplitterung der USPD.-Fraktion zu verkleistern oder den Riß vielleicht auch noch größer zu machen, veröffentlicht die Rechts-USPD.-Fraktion in der „Freiheit" den Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes, der allerdings mit wenigen Abweichungen dem Vorschlage der Sozialisierungskommission folgt. Aber man wollte doch dem Regierungsentwurf zuvorkommen, um zu zeigen, daß man trotz Halle noch da ist. Nun dürfen wir gespannt sein auf den Entwurf, den die Neukommunisten veröffentlichen werden.

Die Umbildung der deutschen Länder.

Gemäß einem Beschluß der Nationalversammlung wurde beim Reichsministerium des Innern zur Vorbereitung des Vollzugs des Artikels 18 der Reichsverfassung eine **Zentralstelle für die Umbildung der deutschen Länder** in Form eines Gutachterausschusses gebildet. Dem Ausschuß gehören Mitglieder des Reichstages und Reichsrats an, sowie Sachverständige auf den verschiedenen, für die Lösung der Frage bedeutsamen Gebieten. Die Zentralstelle ist auf den 3. November zu einer konstituierenden Sitzung nach Berlin berufen worden.

Die Stillegung von Betrieben.

Der **wirtschaftspolitische und sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats** verhandelten Sonnabend über den von dem Unterausschuß bearbeiteten Entwurf einer Verordnung betr. **Maßnahmen gegenüber Betriebs-Abbrüchen und Betriebs-Stillegungen.** Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte und einer Unterbrechung der Sitzung kam eine Einigung zustande. Die Verordnung bestimmt im wesentlichen für gewerbliche und Verkehrsbetriebe, ausschließlich solche des Reiches und der Länder, mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht, wenn durch seine beabsichtigte Stillegung oder Abbruch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert wird oder, wenn die Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen, sofern dadurch bei weniger als 200 Arbeitern zehn Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern fünf Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. **Ohne Genehmigung der zuständigen Demobilmachungsbehörde darf eine Betriebsänderung nicht vorgenommen werden.** Die Demobilmachungsbehörde ist eventuell zur Beschlagnahme und Enteignung gegen angemessene Entschädigung befugt. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser Strafen bestraft. v. Siemens erklärte im Namen der Arbeitgeber, daß sie bereit seien, der Verordnung zuzustimmen, wenn folgende Aenderungen vorgenommen würden: In § 5 soll eingefügt werden „oder wenn nachweislich Mangel an Kohlen, Betriebsstoffen und Rohstoffen trotz rechtzeitiger Vorsorge des Betriebes vorliegt." Ferner soll hinzugefügt werden „wirtschaftliche Maßnahmen in Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelten nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung." — Schweitzer vom Bunde der technischen Angestellten stimmte im Namen der Arbeitnehmer diesen Vorschlägen zu. Darauf wurde die Verordnung mit diesen Aenderungen **en bloc einstimmig angenommen.** Nächste Sitzung: Montag.

Die Neuwahlen in Preußen.

Der Ausschuß für die Neuwahlen zum Preußischen Landtag hielt Sonnabend eine Vorberatung ab. Dabei trat die Rechte erneut mit dem Antrage auf Anberaumung des Wahltermins zum 12. Dezember hervor. Die Regierungsmehrheit lehnte diesen Antrag mit dem Hinweis darauf ab, daß allein schon aus technischen Gründen ein so naher Wahltermin unmöglich wäre. Der Ausschuß wurde sich dann darüber einig, daß ein Unterausschuß gebildet werden soll, der über die Fragen der Wahlkreiseinteilung und ähnliches mit dem Reichstagsausschuß für die Wahlen eine Verständigung herbeiführen soll.

Streik bei den pommerschen Kleinbahnen.

Eine Konferenz der Arbeitnehmervertreter der Kleineisenbahnen Pommerns hat mit 23 gegen 7 Stimmen beschlossen, sofort auf sämtlichen Kleinbahnen Pommerns die Arbeit einzustellen. Ein ähnlicher Beschluß war schon vor einer Woche gefaßt, aber infolge Eingreifens des Oberpräsidenten rückgängig gemacht worden. Die inzwischen gepflogenen Verhandlungen haben jedoch die Angestellten und Arbeiter, die **Gleichstellung mit den Staatsbahnangestellten** fordern, nicht befriedigt, weil man ihnen nur einen Vorschuß auf die vielleicht später zu erfolgende Lohnaufbesserung zahlen wollte.

Bevorstehender Streik der Bergbaubeamten?

Die Verhandlungen wegen der Forderungen der Knappschaftsbeamten, die zwischen dem Tarifausschuß des Knappschaftsvorstandes und den Vertretern der Angestellten-Organisationen geführt wurden, sind nach Meldungen aus Bochum gescheitert. Man rechnet jetzt mit dem Ausbruch des Streiks.

Kleine politische Nachrichten.

Die Abstreckung der deutsch-dänischen Grenze ist nach einer Meldung aus Rendsburg nunmehr vollendet.

Der braunschweigische Kultusminister, Sievers, der vor einigen Monaten als Mitglied der U. S. P. D. in das Staatsministerium gewählt wurde, ist von seinem Posten zurückgetreten. Die Geschäfte des Kultusministeriums werden vorläufig von Minister Oerter weitergeführt. Sievers, ein junger Schullehrer von etwa 25 Jahren, hat sich zu den Bedingungen der Moskauer Internationale bekannt und damit in Widerspruch zu den Anschauungen des „Unabhängigen" Ministerpräsidenten Oerter gesetzt. Sievers, der während seiner Amtsdauer keine einzige Probe von Leistungsfähigkeit gegeben hat, erklärte auf dem letzten Braunschweiger Bezirkstage der U. S. P. D., daß der Terror angewendet werden müsse, um die Bourgeoisie mit ihren eigenen Waffen zu bekämpfen. Von Moskau werde eine „Diktatur der Tat" und nicht des Wortes verlangt.

Losowsky und Sinowjew und noch etwa 20 russische Bolschewistenführer sind Sonnabend morgen in Begleitung von Adolf Hoffmann vom Stettiner Bahnhof nach Stettin abgereist. Auf dem Bahnhof war neben anderen Kommunisten Victor Kopp erschienen. Nachmittags sind die Russen mit einem Postdampfer von Stettin nach Reval weitergereist.

Die kommunistischen Setzer der Berliner „Freiheit" haben die Zensur über die Rubrik „Organisationsangelegenheiten" nun endlich aufgehoben.

In Oberbayern wurden drei Kommunisten verhaftet, die einen Reichswehrsoldaten aufgefordert hatten, seine Waffen herzugeben. Sie hatten ihm dafür eine Summe geboten. Bei der Vernehmung soll der eine der Verhafteten namens Neumeyer angegeben haben, daß er von seiner Parteileitung zur Errichtung eines Waffenlagers zu einem kommunistischen Putsch beauftragt gewesen sei.

Jugoslawien.

Serbisch-kroatischer Zusammenstoß.

Der Korrespondent des „Magyar Hirlap" meldet aus Agram, daß in dem kroatischen Dorfe Sveti Jan ein Zusammenstoß der bäuerischen Bevölkerung mit einer serbischen Kompagnie stattgefunden hat, wobei **160 Personen getötet wurden. Ein serbischer Offizier wurde von den Kroaten in Stücke gerissen.**

Eisenbahnerstreik.

Die Eisenbahner in ganz Serbien sind in den Streik getreten.

Italien.

Wiedereinführung der Brotkarte.

Italien verfügte wegen des Ernterückganges die Wiedereinführung der Brotrationierung. Ferner stellt ein Dekret die Wiederkehr der Fleischrationierung in Aussicht.

England.

Vom irischen Kriegsschauplatz.

Nach einer Londoner Meldung des „Allgemeen Handelsblad" geriet eine Patrouille des Eszer Regiments in Cork in einen Hinterhalt. Von sieben Soldaten wurden sechs getötet oder verwundet. Waffen, Munition und ein Auto fielen den Angreifern in die Hände.

Verschiebung des Eisenbahnerausstandes.

Wie Reuters Bureau meldet, hielten Sonnabend die Vollzugsausschüsse des Bergarbeiterbundes und des Eisenbahnerbundes eine gemeinsame Beratung ab. Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterbundes teilte mit, daß Lloyd George den Vollzugsausschuß zu einer neuen Konferenz eingeladen habe. Die Einladung wurde angenommen. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter ersuchte daher die Eisenbahner, den Streik zu verschieben, um die neuen Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen. Der Eisenbahnerstreik wurde daraufhin für die Dauer der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern auf unbestimmte Zeit verschoben.

Der „Petit Parisien" meldet aus London, daß in Bradford 13 000 Transportarbeiter ausständig seien. Der Arbeitsminister teilt mit, daß außer den Bergarbeitern noch 309 500 Arbeiter zum Feiern gezwungen seien.

TU. Amsterdam, 24. Oktober. Der Verkehr Großbritanniens mit dem Kontinent ist infolge des englischen Bergarbeiterstreiks fast vollständig eingestellt worden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 25. Oktober.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus seine Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. Stellungnahme zum Parteitag in Warnemünde und Wahl der Delegierten, Bericht vom Parteitag in Kassel. Die Wichtigkeit der Beratungsgegenstände erfordert zahlreichen Besuch der Mitglieder. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Achtung, Betriebsräte! Wir ersuchen nochmals alle Betriebsobleute und Betriebsräte, umgehend die Fragebogen abzuliefern.

Generalanzeiger-Politik. Wie man munkeln hört, soll in nächster Zeit Lübeck mit einer neuen Tageszeitung beglückt werden. Die entscheidende Sitzung findet heute abend statt. Das Blatt wird einen Einschlag erhalten, den man mit dem allgemeinen Ausdruck: Stinnespolitik zu belegen pflegt. Neu ist diese Richtung hier nicht, denn die hiesige bürgerliche Presse bemüht sich nach Kräften, ihre Leser nach der kapitalistischen Ausbeuter- und Verdummungspolitik hin zu orientieren. Bei ausgesprochenen Parteiblättern findet sich jeder aufrechte Mann damit ab. Leider gibt es aber recht viele, die jeden Tag Blätter in die Hand nehmen, in denen ihnen bald heiß und bald warm ein Brei vorgesetzt wird, aus dessen Zusammensetzung sie nie recht klug werden. Zweck dieses Ragouts ist es, die Menschen stumpf und vom Wirklichen abwendig zu machen. Dieses Prinzip verfolgt die Generalanzeigerpresse seit altersher und das Blatt des Herrn Coleman vorzugsweise. Mit einem Schein sozialen Gefühls spekuliert es auf Volksgunst und Spießerbeifall. Ein halbwegs aufgeklärter Mensch läßt die „Politik", die dort getrieben wird, ganz außer acht, denn nur „politisch Unabhängige" oder ganz Einfältige können sich die kostbare Zeit mit dem Lesen dieses Blattes vertreiben. Was man im „Generalanzeiger" den Lesern vorzusetzen wagt, geht manchmal nicht in den größten Luftballon hinein. Ein Beweis vom Sonntag. Die Berliner Fabrik sandte dem „Generalanzeiger" den üblichen politischen Wochenrundschauer, indem unter anderem Summs folgende Zeilen standen:

„In **Deutsch-Oesterreich** haben die Wahlen am 17. Oktober **den Sozialisten eine Niederlage** und den Christlich-Sozialen große Gewinne eingebracht. Die Koalition der beiden Parteien ist darüber zerbrochen. **Die Sozialdemokraten, die aus Deutsch-Oesterreich einen Trümmerhaufen gemacht haben, wollen ihr Erbe jetzt den Christlich-Sozialen überlassen."**

Selbst ein politischer Dummkopf findet den Eselstritt heraus, der in diesem schäbigen Satz der Partei gegeben wird, die unter Außerachtlassen ihrer eigenen Parteibestrebungen vom ersten Tage des Zusammenbruches an das Wohl des gesamten Volkes und des von der Entente zertrümmerten Vaterlandes in den Vordergrund schob. Die Christlichsozialen in Oesterreich verdanken ihre Mandatsvermehrung (die nebenbei ebensowenig bedeutend ist, wie die „Niederlage" der Sozialdemokratie) in erster Linie ihrer skrupellosen Agitation, der Pfaffenhilfe, dem von ihnen früher verpönten Frauenwahlrecht und der wirtschaftspsychologischen Zusammensetzung ihres Landes. Alles Tatsachen, von denen der Generalanzeigerleser nichts erfährt. Den Schreiber dieser Niederträchtigkeit kümmert als Lichtgröße die Ursache gar nichts, ihn interessiert nur das geschichtliche Ergebnis, das er nach üblicher Manier mit dem nötigen Beihalt für seine Zwecke zurechtfälscht. Er verteidigt die Reaktion in Oesterreich wie in Deutschland, wo Stinnes die öffentliche Meinung mit dem Geldsack dummzudrehen versucht. Ein Blatt in Deutschland, das heute den Blödsinn nachzudrucken wagt, die Sozialdemokratie habe aus Deutsch-Oesterreich einen Trümmerhaufen gemacht, ist nicht wert ernst genommen zu werden. Was wir übrigens beim „Generalanzeiger" noch niemals getan haben.

Tarifverbindlichkeitserklärungen. Zwischen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Lübeck, dem Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände, Ortsausschuß Lübeck, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände Lübeck, dem Bund der Arbeitgeber in Lübeck und Umgegend, dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verw. Gewerbe, Gruppe Lübeck, dem Verein der Weinhändler E. V. zu Lübeck, der Freien Vereinigung der Kohlenhändler Lübecks, dem Verein Lübecker Spediteure, dem Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks und der Umgegend, dem Verein der Handelsgroßvertreter zu Lübeck E. V., dem Reedereiverein zu Lübeck E. V., der Vereinigung Lübecker Schiffsmakler und Schiffsagenten E. V., zu Lübeck, dem Brauereiverband für wirtschaftliche Interessen von Lübeck und Umgegend und dem Verband deutscher Elektro-Installationsfirmen E. V., Ortsgruppe Lübeck, ist am 8. April 1920 ein Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Angestelltenbedingungen der kaufmännischen Angestellten mit Ausnahme der Angestellten des Kleinhandels im Gebiet des Stadtbezirkes Lübeck und der eingemeindeten Vororte abgeschlossen und mit Wirkung vom 1. April 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden. Der in Ergänzung dieses Tarifvertrages zwischen den Vertragsparteien (ohne den Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verw. Gewerbe, Gruppe Lübeck, den Verein der Handelsgroßvertreter zu Lübeck E. V. und den Verband deutscher Elektro-Installationsfirmen E. V., Ortsgruppe Lübeck) am 22. Mai 1920 abgeschlossene Nachtrag wird in dem gleichen Umfange wie der Tarifvertrag vom 8. April 1920 gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 mit Wirkung vom 1. Juni 1920 für allgemein verbindlich erklärt. — Zwischen dem Verband Lübecker Kleinhandels-Vereine E. V. in Lübeck, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Lübeck, dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Ortsausschuß Lübeck, dem Konsumverein für Lübeck und Umgegend, dem Ortsverein Lübecker Buchhändler und der Lübecker Genossenschaftsbäckerei ist am 27. April 1920 ein Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen Angestellten im Kleinhandel im Gebiet des Stadtkreises Lübeck mit den eingemeindeten Gebietsteilen abgeschlossen und vom Reichsarbeitsministerium mit Wirkung vom 1. April 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden. Der in Ergänzung dieses Tarifvertrages zwischen den Vertragsparteien am 21. August 1920 abgeschlossene Nachtrag wird für den genannten Berufskreis und das bezeichnete Tarifgebiet gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 mit Wirkung vom 1. Juli 1920 für allgemein verbindlich erklärt. — Der zwischen dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, Ortsausschuß Lübeck, der Commerz-Bank in Lübeck, der Lübecker Privatbank, der Holsten-Bank, Abteilung Lübeck, der Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck, der Bank für Handel und Gewerbe in Lübeck, der Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck und der Kreditbank Lübeck am 6. Juli 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Bankangestellten wird für diesen Berufskreis mit Ausnahme der Angestellten in den Aktienbanken und für das Gebiet der Stadt Lübeck und der eingemeindeten Vororte gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit

dem 1. Mai 1920. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 20. Juni 1919 außer Kraft.

Mit der Ausgabe von Kochmehl, worüber wir vor einigen Wochen kurz berichteten, beabsichtigt die Reichsgetreidestelle am 1. November zu beginnen. Das Mehl soll den Kommunalverbänden zur Verteilung geliefert werden. Es werden vorläufig 600 Gramm auf den Kopf und Monat verteilt. Diese Menge ist neben der allgemeinen Ration auszugeben. Zur Herstellung des Kochmehls, wird Auslandweizen verwendet. Der Preis pro Pfund wird sich auf etwa 5,50 Mark stellen. Die Abgabe an die Verbraucher erfolgt wahrscheinlich auf den Stammabschnitt der Brotkarte.

Wegen Schleichhandels war der Händler Sch. vor einiger Zeit vom Schöffengericht freigesprochen worden. Bei ihm waren damals von einem „Unbekannten" zwei Körbe mit Fleisch abgegeben worden, die für einen hiesigen Gasthof bestimmt waren. Gegen das Urteil des Schöffengerichts war Berufung eingelegt worden. Die Sache wurde am Freitag vor der Strafkammer verhandelt. Der Angeklagte bestritt, den Inhalt der Körbe gekannt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte von der Sache unterrichtet war. Die Strafkammer hob das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mk. wegen Begünstigung des Schleichhandels. — Das Schöffengericht hatte die Freisprechung damit begründet, daß die in Frage kommenden Bestimmungen von vielen durchbrochen seien und eine Uebertretung stillschweigend geduldet würde. Nach diesem Urteil der höheren Instanz werden die Schleichhändler zukünftig nicht frei ausgehen.

Vom 1. Verbandstag des Verbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Deutschlands. Wie uns mitgeteilt wird, ist es nun doch zu einer Einigung gekommen. Die bisherigen Angestelltenverbände: Bund der Hotel- Restaurant- und Café-Angestellten, Verband der Köche und der Verband der Gastwirtsgehilfen, treten am 1. Januar 1921 zu einer Einheits-Organisation zusammen. Der neue Verband führt den Namen „Zentralverband der Hotel-, Restaurant- u. Café-angestellten Deutschlands" und wird somit eines der stärksten freigewerkschaftlichen Organisationen.

Die Maul- und Klauenseuche ist weiter in Falkenhusen, Vorrade, Utecht, Krummesse, Behlendorf und Schlutup ausgebrochen.

Stadt-Theater. Am morgigen Dienstag wird „Lobetanz" wiederholt.

pb. **Als eine unverbesserliche Diebin** erwies sich eine in der Glockengießerstraße wohnhafte Arbeiterin. Während sie in der Strafanstalt Lauerhof eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßte, lernte sie dort eine andere an der Untertrave wohnhafte Strafgefangene kennen. Sie wurde von letzterer gebeten, in ihrer Wohnung nach dem Rechten zu sehen. Diese Gelegenheit benutzte aber die jugendliche Diebin, aus der Wohnung der noch in Haft befindlichen Strafgefangenen Kleidungsstücke, Schmucksachen, ein Fell usw. zu stehlen. Die Diebin ist ferner überführt und geständig, auch einem Matrosen eine Taschenuhr gestohlen zu haben als sie mit diesem ausgegangen war. Sie wurde erneut festgenommen.

pb. **Bodenkammerdiebstahl.** Am Sonnabend, dem 23 dss. Mts., vormittags, wurden aus einer Dienstbodenkammer eines Hauses in der Schwartauer Allee eine silberne Armbanduhr, ein silberner Ring, eine goldene Blusennadel, eine weiße Korallenkette, eine lila japanische Korallenkette, ein goldener Ring mit einer Perle und 2 hellblauen Steinen, ein Doublee-Glieder-Armband mit blauem Stein ein silbernes Armband mit rundem Anhänger, 1 herzförmiges Medaillon, eine lila Brosche, Kastanienblätter darstellend, mit blauem Stein und eine ovale Mosaikbrosche gestohlen.

pb. **Ein Schwindler.** Am Sonnabend erschien bei einem hiesigen Geschäftsmann ein zirka 30 Jahre alter, etwa 1,72 Mtr. großer Mann, der mit schwarzem Paletot und braunem Anzug bekleidet war. Er hatte ein glattrasiertes Gesicht, dunkelblondes Haar. Unter Vorlegung eines Vertrages erklärte der Unbekannte, daß er als Artist im hiesigen Intimen Theater angestellt sei. Er kaufte 11,20 Mtr. Cheviotstoff im Werte von 1500 Mark. Als Zahlung übergab der Käufer 2 Schecks, die den Namen Schmidt trugen. Hinterher stellte sich heraus, daß die Angaben unwahr, die Wechsel gefälscht und der Geschäftsmann einem Schwindler in die Händ gefallen war.

•

Travemünde. Schleichhandel. Gegen den Landwirt W. Klatt aus Travemünde war durch Urteil des Schöffengerichts Grevesmühlen vom 20. April auf eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen sowie eine Geldstrafe von 6000 Mark erkannt worden, weil er in Gemeinschaft mit seinem bereits abgeurteilten Bruder am 7. Februar mittels Fuhrwerks von Travemünde kommend, in Pötenitz und Umgegend ungefähr 23 Pfund Butter, acht Pfund Talg, 30 Pfund Schmalz, 2 Zentner Hafer und eine größere Anzahl Eier unbefugt aufgekauft hatte. Auf die von dem Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Berufung setzte das Berufungsgericht, da es nach den unwiderlegten Angaben des Angeklagten zu der Annahme gelangte, daß dieser lediglich Beihilfe zu dem von seinem Bruder betriebenen Schleichhandel geleistet habe, die Strafe auf zwei Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe herab.

Angrenzende Gebiete.

Ratekau. In einer öffentlichen Volksversammlung, einberufen vom Sozialdemokratischen Verein, referierte am Sonnabend Genosse O. Gloe-Neudorf. Er behandelte das Thema: Kapital und Arbeit. In seinen vortrefflichen Ausführungen brachte Genosse Gloe Beweise, wie das Kapital stets für die Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung, sowohl der Hand- wie Kopfarbeiter gestrebt hat. Diese Unterdrückung hart zu bekämpfen ist unsere Hauptarbeit, aber die Zersplitterung der Arbeiterklasse führt nicht zum Ziel, sondern nur festes gemeinschaftliches Zusammenwirken. Im 2. Punkt: Freie Aussprache, wurden mehrere Fragen in Sachen der Volksernährung gestellt, worüber der Referent Auskunft erteilte. Nach Anregung zur festen Zusammenarbeiten innerhalb der Organisation durch mehrere Genossen und einem Schlußwort des Genossen Gloe fand die Volksversammlung ihr Ende. Nach dieser fand noch eine Mitgliederversammlung statt, in welcher die Gründung eines selbständigen Ortsvereins wieder beschlossen wurde, welcher durch den völkervernichtenden Weltkrieg zertrümmert worden war. Die Wahl des Vorstandes soll in der nächsten Mitgliederversammlung vollzogen werden.

Hamburg. Wilder Streik. Die linksradikalen Demonstrations- und Streikabsichten für den Sonnabend schlugen fehl, da die Sowjetrussen nicht über Hamburg, sondern über Stettin abgefahren sind. Nun haben die Werftradikalen einen anderen Grund gefunden: Infolge der Entlassung einiger Nieter auf der Deutschen Werft wegen ungenügender Arbeitsleistung legten ihre Kollegen die Arbeit nieder. Die Organisationen warnen vor weiteren Aktionen, unterstützen den Streik nicht und er dürfte trotz dem Geschrei der neukommunistischen Presse alsbald zusammenbrechen.

Hamburg. Ein eigenartiger Vorfall ereignete sich in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Ein Mann, der einem Auto entstieg, richtete sein Auge unverwandt auf ein Fenster und plötzlich öffnete sich das Fenster im 2. Stock. Ein Mädchen betrat die Brüstung und sprang mit ausgebreiteten Armen auf die Straße, wo es erheblich verletzt liegen blieb. Während Passanten sich um sie kümmerten, fuhr der Unbekannte im Auto davon. Es liegt wahrscheinlich Hypnose diesem Vorfall zugrunde. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Unbekannten.

Hamburg. Nieterstreik. Die Nieter bei Blohm u. Voß haben Sonnabend morgen die sofortige Arbeitseinstellung beschlossen und durchgeführt! Nach der „Hamb. Volksztg." verliefen die Verhandlungen über eine 30prozentige Akkordverhöhung resultatlos. Am Freitag wurden von den Unternehmern bei Blohm u. Voß 13, Vulkan 17, Reiherstieg 121, Deutsche Werft 6 Nieter entlassen. Darauf ist die Arbeitseinstellung beschlossen worden.

Altona. Todesurteil. Der der Ermordung des Fuhrknechtes Blank auf der Landstraße bei Stellmoor angeklagte Former Ludwig Kneese aus Hamburg, wurde in der Schwurgerichtssitzung am 23. Oktober zum Tode verurteilt.

Regierungskonflikt in Mecklenburg.

Schwerin, 23. Oktober. In der Sitzung des Landtages am Freitag und Sonnabend kam es bei dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktionen über die Verhältnisse der Organisation Escherich zu heftigen Debatten, die den Sturz des Ministeriums Reincke-Bloch zur Folge zu haben schienen. Der Konflikt wurde verschärft durch die Rechte, die einen Antrag unserer Genossen auf Begnadigung von drei beim Kapp-Putsch zu drei Jahren Gefängnis verurteilten Arbeitern zu einem Kuhhandel widerwärtigster Art benutzen wollten. Man war bereit, die Arbeiter, die gegen die Kappisten gekämpft hatten, gegen Erlegung einer Geldbuße zu begnadigen, — wenn die Antragsteller einwilligen, daß die wegen Beteiligung am Kapp-Putsch verfolgten Hochverräter gleichfalls gegen eine Geldbuße zugunsten eines wohltätigen Zweckes frei ausgehen dürften. Mit der unschuldigsten Miene von der Welt versuchte der Justizminister dem Hause allen Ernstes einzureden, daß in jenen Tagen eben auf beiden Seiten gesündigt worden. Ja, er scheute sich nicht, es so darzustellen, als habe in den Putschtagen niemand gewußt, welches eigentlich die legitime Regierung sei. Er scheute sich auch nicht, die drei Arbeiter mit den kappistischen Hochverrätern auf eine Stufe zu stellen. Gen. Moltmann kennzeichnete scharf das Verhalten der Regierung, die unter dem Beifall der Rechten die drei Arbeiter gleichsam als Geiseln benutzt, um für die Kappisten, angefangen bei von Lettow-Vorbeck, der im Lande weiter wühlt, Straflosigkeit zu erzielen. Ja die Regierung, gestützt durch die Rechte, fühlt sich so stark, daß sie alle ihr von den Sozialdemokraten und Demokraten gebauten goldenen Brücken ausschlug. Kein Zweifel: sie wollte den Konflikt. — Zu Beginn der Sonnabendsitzung gab Genosse Moltmann namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion will mit dem Antrag, betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Sachen Orgesch lediglich eine volle Klarstellung dieser, weiteste Kreise des mecklenburgischen Volkes aufs schwerste beunruhigenden Angelegenheit herbeiführen. Zu der allgemeinen Politik des Landes hat sie keine Stellung genommen." — Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß die Regierung auf Grund dieser Erklärung zur Fortführung der Regierungsgeschäfte bereit sei. Genosse Moltmann betonte, daß die Erklärung absolut nicht als ein Entgegenkommen gegenüber den Rechtsparteien zu betrachten sei. Die abgeänderte gemeinsame Anfrage der Demokraten und Sozialdemokraten wurde darauf angenommen.

Oldenburger Landtag.

Oldenburg, 22. Oktober. Der Landtag beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung in der Hauptsache mit der Viehausfuhr und der Kartoffelverbilligung. Zu Beginn der Sitzung erhoben die Sozialdemokraten und Unabhängigen Einspruch gegen die Verordnung des Staatsministeriums vom 29. September 1920, betr. Erhebung einer Abgabe von Tanzgesellschaften, Musikaufführungen, Schaustellungen usw. Die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen können in diesem Jahre nicht mehr vorgenommen werden. Es wird eine Verfügung erlassen, die Mandate bis zum 30. April 1921 zu verlängern. — Der Zentrumsabgeordnete Feigel fragt, ob der oldenburgischen Regierung bekannt ist, daß große Mengen Vieh aus dem Freistaat Oldenburg ins besetzte Gebiet und von da ins Ausland ausgeführt werden und was die Regierung hiergegen zu tun gedenkt? Der Antragsteller hob hervor, daß sich seit Aufhebung der Zwangswirtschaft im Oldenburger Lande ein Viehhandel breit macht, wie er bis jetzt nicht dagewesen ist. Ministerpräsident Tantzen hält die Gerüchte für übertrieben, doch erklärt Abg. Zehetmeyer (Soz.), daß in Birkenfeld unter den Augen der Regierung Vieh auf der Eisenbahn ins Ausland ausgeführt wird, das aus dem Freistaat Oldenburg stammte. Kaper fordert Zwangsmaßnahmen gegen die Ausfuhr. — Abg. Heitmann (Soz.): Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ohne gleichzeitige Neuregelung der organischen Erfassung der freigegebenen Lebensmittel hat auch wieder bei der Fleischbewirtschaftung eine unerhörte Preissteigerung zur Folge gehabt. Die Schuld an dieser Preissteigerung trägt die Reichsregierung, die unfähig ist, neue Wege in der Lebensmittelversorgung zu gehen. Wenn die Konsumgenossenschaften für die Aufhebung der Zwangwirtschaft eingetreten sind, so deshalb, weil die bisherige Form der Zwangswirtschaft sich als verfehlt erwiesen hat, nicht aber, um der schrankenlosen freien Wirtschaft zu ihrer unerhörten Preiserhöhung die Wege zu ebnen. Die Sicherstellung der Fleischversorgung von 200 Gramm durch die Maßnahmen der Landesregierung sind zu begrüßen, aber das genügt nicht, den Zahlungsschwachen billiges Fleisch zu sichern. — Eine ausgedehnte Debatte knüpfte sich an den Regierungsantrag: Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg betr. die Verbilligung der Kartoffeln und Bewilligung von 3 Millionen Mark hierfür. Der Demokrat Kalkuhl hebt hervor, daß der größte Teil der Landwirtschaft einen Preis von 20 Mark für den Zentner Kartoffeln für genügend halte. Durch die verkehrten Maßnahmen der Regierung seien wir in dieses Stadium gekommen. — Der Landbündler Kaper bezeichnete die beabsichtigten Maßnahmen als Knebelung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft laufe Gefahr, daß das, was heute mit den Kartoffeln geschieht, morgen mit dem Vieh usw. geschehen könne. Der minderbemittelten Bevölkerung solle jedoch geholfen werden. Den Preis von 30 Mark hält er noch nicht für ausreichend. — Ministerpräsident Tantzen betonte, als Minderbemittelte in dem Sinne, nicht 30, 40 und 50 Mark für den Zentner Kartoffeln zahlen zu können, seien mindestens ¾ der Versorgungsberechtigten anzusehen. Er bittet, den Gesetzentwurf anzunehmen. Er führt weiter aus, daß die Brotversorgung eine derartige sei, daß, wenn seitens der Reichsregierung nicht alles getan werde, zum Frühjahr mit der Gefahr eines Zusammenbruches unserer Ernährung zu rechnen sei. — Abg. Heitmann (Soz.): Bei den Wahlen suchten die Volksparteiler alle Schuld der sozialdemokratischen Regierung zuzuschieben. Aber gegen die jetzige Reichsregierung ist der Vorwurf zu erheben, daß sie nichts tut, die billige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Wir sind immer für einen angemessenen Verdienst der Landwirte eingetreten, aber 20 Mark Erzeugerpreis ist viel zu hoch. Die Reichsregierung hat nicht den Mut, für die Durchführung eines Preises von 25 Mark einzutreten. Der Ministerpräsident hat auf den Ernst hingewiesen, daß die Verfütterung von Brotgetreide für Schweinemast einen Zusammenbruch der ganzen Ernährungswirtschaft befürchten läßt. Ich möchte die Worte unterstreichen. Die Reichsregierung tut nichts, diesen drohenden Zusammenbruch zu vermeiden. Der Abg. Kaper-Burmeide hat kürzlich öffentlich dem Milchboykott das Wort geredet, der Sabotage zur Herbeiführung eines gewaltsamen Zusammenbruchs auch der Milchversorgung. Dieser Abgeordnete ist wahrlich eine Zierde der Volkspartei. Unverständlich ist, daß landwirtschaftliche Kreise gegen das Gesetz sein können, das die Kreise zur Abgabe heranzieht, die zu hohe Preise erhalten haben. Der jetzige Preis von 30 Mark ist nicht unter dem Minister Schmidt zustande gekommen, sondern unter Minister Hermes. — Finanzminister Dr. Driver wendet sich dagegen, daß die 3 Millionen Mark auf die Landeskasse übernommen werden sollen, ohne daß dafür eine Deckung zu schaffen. Er warnt davor, die Finanzen des Staates in Unordnung zu bringen. — In der Nachmittagssitzung wurde der Antrag in zweiter Lesung angenommen und zwar mit einem Zusatzantrag Feigel, daß die Lieferung zum billigen Preise noch bis zum 15. November erfolgen kann, daß also die Kartoffelbesitzer sich bis dahin noch von der Umlage befreien können. — Die Kanalvorlage wurde ebenfalls genehmigt. — Zum Schluß teilte der Präsident noch mit, daß der Ausschuß zur Untersuchung der Verbilligung und Vereinfachung der Staatsverwaltung für den 10. November einberufen werden solle. — Der Landtag vertagt sich dann bis zum 18. November.

Neueste Nachrichten.

Kommunistische Prahlereien.

TU. **Berlin**, 25. Oktober. Die Neukommunisten und Kommunisten hielten gestern nachmittag zwei schwach besuchte Versammlungen ab, worin gegen die Ausweisung der beiden Bolschewistenführer Sinowjew und Losowsky protestiert wurde. Däumig und Stöcker von den Neukommunisten und Beyer und Walcher von den Kommunisten sagten dem Bürgertum, der S. P. D. und der U. S. P. D. den Kampf bis aufs Messer an. Später kam es auf der Straße zwischen den Anhängern beider Parteien zu erregten Auseinandersetzungen.

Verhaftung von Eisenbahngüterräubern.

TU. **Hannover**, 25. Oktober. Der Ueberwachungsstelle der Eisenbahndirektion Hannover gelang es zusammen mit der Kriminalpolizei, eine große Diebesbande zu ermitteln, die wertvolle Eisenbahngüter in beträchtlichen Mengen durch falsche Bestellbezettel und gefälschte Frachtbriefe zu unterschlagen vermochte, sie von den Güterbahnhöfen entfernte und veräußerte. Bisher wurden für 900 000 Mark Waren wieder aufgefunden. Die Höhe der Beträge der gesamten gestohlenen Waren konnte bisher noch nicht fertiggestellt werden. 4 Güterbodenarbeiter und 17 Privatpersonen der verschiedensten Stände wurden wegen Diebstahl und Hehlerei dem Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Die Zerstörung der Dieselmotoren eine Existenzfrage der Bergarbeiter.

TU. **Bochum**, 25. Oktober. Auf der Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes kam der Abg. Husemann auf die Angelegenheit der Dieselmotoren zu sprechen. Die Bergarbeiter könnten der Sache nicht teilnahmslos gegenüberstehen, da die Fortführung des Bergbaues ganz wesentlich davon abhänge. Unter Zustimmung der Versammlung erklärte die Konferenz, an die interalliierte Arbeiterschaft sei das dringende Ersuchen zu richten, sich in dieser Frage auf die Seite der deutschen Arbeiterschaft zu stellen, denn die Forderung der Botschafter-Konferenz bedeute in erster Linie einen Schlag gegen die deutsche Arbeiterschaft, die durch die Außerbetriebsetzung der Dieselmotore in noch größerem Maße als bisher, der Arbeitslosigkeit überliefert werden würde.

Die Bergarbeiter nehmen den Berliner Schiedsspruch in der Lohnfrage an.

TU. **Bochum**, 25. Oktober. Um die Willensmeinung der Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers zu dem Berliner Schiedsspruch in der Lohnfrage zu hören, hatten die großen Bergarbeiterorganisationen gestern große Bezirkskonferenzen einberufen, an denen Vertreter aus dem ganzen Ruhrrevier teilnahmen. Der alte Bergarbeiterverband tagte in Bochum. Der Gewerkverein christlicher Arbeiter hatte eine Konferenz nach Gelsenkirchen einberufen. In der Versammlung des alten Bergarbeiterverbandes berichtete der Verbandsangestellte Meyer (Bochum) über die Tarifverhandlungen und den Schiedsspruch. Namens des Verbandes empfahl er, den ersten Teil des Schiedsspruches anzunehmen, dagegen den zweiten Teil, der die Verteilung der Ueberarbeit auf die einzelnen Wochentage vorsieht, abzulehnen. Dieser Vorschlag wurde mit allen gegen vereinzelte Stimmen zum Beschluß erhoben. In der Konferenz des christlichen Gewerkschaftsvereins wurde trotz schwerer Bedenken der Berliner Schiedsgerichtsspruch in der Lohnfrage angenommen.

Vor einem Staatsstreich in Ungarn?

TU. **Paris**, 25. Oktober. „Echo de Paris" meldet unterm 23. ds. Mts. aus Zürich: Die in Wien wohnhaften ungarischen Kreise erklären, daß ein Staatsstreich in Ungarn unmittelbar bevorsteht, deren Urheber die demokratische und die fortschrittliche Partei seien. Die Regierungsparteien seien in Budapest in voller Auflösung begriffen. Die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Kabinetts seien fast unüberwindbar, sowohl in politischer wie auch in finanzieller Beziehung. Als eine Ursache, welche das Regime Horty in Gefahr bringt, sei anzusehen, daß die Ungarn versprochene finanzielle Unterstützung vollständig ausgeblieben ist. Dies stärke natürlich die ungarische Opposition, welche bereits so stark sei, daß sie eine Aktion unternehmen könne, um ein neues politisches Regime einzuführen.

Die serbischen Truppen verlassen das Abstimmungsgebiet.

TU. **Paris**, 25. Oktober. Aus Belgrad bringt die „Havas" folgende Meldung: Die serbische Regierung gab den Alliierten bekannt, daß sie Auftrag gegeben habe, daß die serbischen Truppen das Volksabstimmungsgebiet von Klagenfurt zu verlassen haben.

Um die deutschen Unterseekabel.

TU. **Paris**, 25. Oktober. Aus Neuyork meldet die „Agence Havas": Die interalliierte Konferenz, die die Verteilung der deutschen Unterseekabel vorzunehmen hat, hat ihre Arbeiten begonnen.

Vor einem nationalistisch-militärischen Putsch in Italien?

TU. **Mailand**, 25. Oktober. Die Stimmen mehren sich zusehends, daß für den 4. November anläßlich der Zusammenkunft von 25 000 Kriegsteilnehmern ein nationalistisch-militärischer Putsch geplant ist, falls die Regierung in der Adriafrage zu weit nachgibt. Nach dem „Avanti" würden die Besatzungstruppen von Zara, Fiume, Pola und Triest, die zusammen etwa 100 000 Mann zählen, den Kern der militärischen Bewegung bilden. Wahrscheinlich würden sich in den wichtigsten Städten Italiens, besonders in Mailand, Bologna und Rom die Kriegsteilnehmer zusammenschließen. Durch diesen Staatsstreich soll der König gezwungen werden, ein Ministerium General Giardino, d'Annunzio und Thaon de Reval zu bilden oder die demokratische Republik mit einem ausgedehnten Reformprogramm anzuerkennen.

Briefkasten.

H. R. Eine allgemeine Ausgabe billiger Feuerung an Ortsarme findet in diesem Jahre nicht statt, da der hierfür bereitgestellte Vorrat aufgebraucht ist. Es kommt jetzt nur eine verbilligte Lieferung an alte Leute über 60 Jahre in Frage, die ein Monatseinkommen von unter 100 Mark und keine unterhaltspflichtigen Angehörigen haben. Genaueren Bescheid erhalten Sie auf dem Wohlfahrtsamt.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bibl. Friedrich Ebert Bonn

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftliches Fischereiunternehmen in England. Mit Unterstützung der Großeinkaufsgesellschaft der englischen Konsumvereine ist die Minesweepers Co-operative Trawling Society Ltd. gegründet worden. Sie übernimmt von der Regierung eine Flotte von 200 früher im Minensuchdienst tätigen Fischdampfern zu mäßigem Preise, zahlbar innerhalb 20 Jahren mit 5 Prozent Zinsen. Das Stammkapital soll zunächst 2 Millionen Pfund Sterling betragen und durch 1-Pfund-Anteile aufgebracht werden. Zum Erwerbe der Mitgliedschaft sind fünf solcher Anteile erforderlich, die innerhalb zwei Monaten eingezahlt werden müssen. Die Dividende ist auf 10 Prozent beschränkt. Niederlagen, Speicher und ähnliches sind fürs erste in folgenden acht Häfen vorgesehen: Aberdeen, Fleetwood, Grimsby, Hull, Lowestoff, Milford, Shields und Swansea. Mitglieder können werden: 1. ehemalige Minensucher, die vor der Einziehung Fischer waren oder es seit der Demobilmachung wieder sind; 2. Fischer, die während des Krieges für ihren Beruf reklamiert waren; 3. alle sonstigen in der Fischindustrie Tätigen; 4. alle Angestellten und Kommissionsmitglieder der neuen Gesellschaft; 5. alle eingetragenen Unterstützungsvereine, Erwerbs- und Wirtschaftgenossenschaften. Die Bankgeschäfte des neuen Unternehmens werden von der Großeinkaufsgesellschafts-Bank durchgeführt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Erwerbslos.

Die wirtschaftliche Krise bringt es mit sich, daß Hunderttausende im Deutschen Reiche arbeitslos sind. — Auch in Lübeck sind bereits 2900 Personen ohne Beschäftigung, ohne Verdienst. Die Unterstützungssätze, die das hiesige Arbeitsamt an die Erwerbslosen zahlt, reichen bei weitem nicht aus, das Leben zu fristen. Die Verelendung der Aermsten der Armen geht rapide vor sich. Mancher ist gezwungen, sein letztes Gut zu verkaufen, um sich zu erhalten. . : Die Reichsbeihilfe wird zwar auch in Lübeck an langfristige Erwerbslose bezahlt, aber die Sätze sind niedriger als in verschiedenen Nachbarstaaten. Die ledigen Erwerbslosen hat man bei der Reichsbeihilfe unberücksichtigt gelassen. Sie bekommen das vom Reich bewilligte Geld nicht und werden mit der Begründung abgewiesen, die Finanzlage in Lübeck lasse es nicht zu. Während man auf der einen Seite für den geistigen Hunger, wie Theater, Bildungswesen, riesige Summen zur Verfügung stellt, hat man auf der anderen Seite für wirkliche Bedürfnisse nichts übrig. Als ob die ledigen Erwerbslosen alles im Vollen hätten und Hunger und Kummer ihnen fremd sei! Wirkt es nicht geradezu aufreizend, wenn in den Läden der Stadt Stapel von Schinken, Wurst, Schmalz und anderen Leckerbissen zu haben sind — leider nur nicht für die Erwerbslosen! Es wäre unverzüglich angebracht, daß der Staat Arbeiten ausführen läßt, da doch das Reich zwei Drittel der Kosten mitträgt. Die Erwerbslosen wollen statt Unterstützung Arbeit und Brot, und will man im Staate Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten, so ist es dringend notwendig, zur produktiven Erwerbslosenfürsorge zu greifen. C. Sch.

Schafft Wohnungen.

Besucht man heute die Siedlung „Dornbreite" und anderes Siedlungsland, so hat man seine Freude an den vielen, wie Pilze aus der Erde gewachsenen Einfamilienhäusern. Ueberall herrscht lebhafte Bautätigkeit. Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, es wäre eine Terraingesellschaft gegründet, welche die Weberkoppel mit Eigenheimen bebauen will. Nur auf dem Gelände der Heimstättengesellschaft in Moisling ruht die Bautätigkeit. Man fragt sich, wie ist es möglich, daß diese seit langem bestehende Gesellschaft nicht das zuwege bringt, was ganz neu gegründete Genossenschaften zustande bringen? Fehlt es der betreffenden Gesellschaft an den nötigen Beziehungen oder hat man hier nicht bemerkt, daß auch in Lübeck Wohnungsmangel herrscht?

Ein Interessierter.

Geschäftliches.

Preisabbau! Das Holstenhaus beweist in seiner gegenwärtigen Kauf-Veranstaltung „Billiger Oktober-Verkauf" wiederum überzeugend, daß durch geschickte Ausnutzung aller geschäftlichen Momente wohl eine Verbilligung der Waren zu erreichen ist. Schon die Vereinigung des Holstenhauses mit einer großen Anzahl (ca. 240) namhafter Kaufhäuser Deutschlands zu einer gewaltigen Einkaufsmacht läßt durch die Abschlüsse für solchen Riesenbedarf außerordentliche Vorteile beim Erstehen der Waren erzielen. Dieser so erreichte Gewinn kommt durch schärfste Kalkulation fast ungeschmälert der Kundschaft zugute, liegt es doch der Firma daran, seinen mit großen Opfern erworbenen Ruf als „billige Einkaufsstätte Lübecks" zu erhalten und auch ihr Teil zum Wiederaufbau und zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens beizutragen. (8584

Devisen-Kurse.

Hamburg, 23. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		23. Okt.	22. Okt.
Holland	100 fl.	2170	2175
Kopenhagen	100 Kr.	980	987½
Stockholm	100 Kr.	1370½	1387½
Kristiania	100 Kr.	965	965½
Helsingfors	100 finn. Mk.	170	182½
Schweiz	100 Frs.	1115	1117½
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	28½	28¾
Budapest	100 K.	—	—
Prag	100 K.	84½	84
Spanien	100 Pesetas	1000	995
London	1 £	243⅔	243½
Paris	100 Frs.	459	459
Belgien	100 Frs.	485	487½
Italien	100 Lire	265	275
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	70⅝	70½
do. briefl. Ausz. od. Scheck		70	70¾

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std
		Angekommen am 23. Oktober.				
D.		Franz 8	Edler	Oxelösund	2	
D.		Gothmund	Haide	v. See	2	
D.		Viabra	Raddak	Oxelösund	2	
		Angekommen am 24. Oktober.				
D.		Holger	Christoph	Oxelösund	4	
D.		Hallstra	Nielmann	Oxelösund	3½	
D.		Ludw. Kollberg	Jacobsen	Malmö	4	
D.		Bredow	Fuß	Steves	1	
D.		Oskar	Steinbader	Stettin	1	
		Angekommen am 25. Oktober.				
D.		Sensal	Vegel	Oxelösund	2½	

Bekanntmachung.

Betrifft: Lübeckische Kirchensteuer.

Steuerpflichtige, die eine Steueranforderung für die vorläufige Kirchensteuer erhalten haben und mit Zahlung derselben im Rückstand sind, werden mit Genehmigung des Landesfinanzamtes hiermit aufgefordert, den Rückstand nunmehr innerhalb einer Woche, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, an die Finanzkasse in Lübeck, Fleischhauerstraße 20, an den Werktagen zwischen 8—1 Uhr zu entrichten oder portofrei abzuführen, andernfalls die Zwangsvollstreckung eintritt.

Lübeck, den 22. Oktober 1920. (8562

Das Finanzamt.

Auf Beschluß des Stadtrats muß wegen der hohen Druckkosten für Sonderzuweisungen an Lebensmitteln in Zukunft eine Gebühr von 1.— Mk. erhoben werden. Für zu spät abgeholte und verlorene Lebensmittelausweise werden auf die Person 50 Pfg. erhoben.

Der Stadtmagistrat Bad Schwartau

8570) Warenkartenausgabe. F. A. Küntzel.

Abhand. gekommener Dienststempel.

Bei dem Polizeibezirk Travemünde ist der dort geführte Dienststempel abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Der abhandengekommene Dienststempel hat die Größe eines früheren Zweimarkstückes, trägt den Lübsch. Adler mit der Umschrift: „Polizeiamt d. Freien u. Hansestadt Lübeck — Polizeibezirk Travemünde, hierunter ein Stern."

Dieser Dienststempel wird hiermit für ungültig erklärt. Vor mißbräuchlicher Benutzung desselben wird gewarnt.

8580) **Das Polizeiamt.**

Am Sonntag morgen 4½ Uhr entschlief nach langem Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, Frau (8590

Johanna Rist,
geb. Mahn
im 35. Lebensjahr.

Tief betrauert von
Hermann Rist
und Kinder.

Lübeck, d. 24. Okt. 1920.
Hundestraße 13.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 28. Oktober, nachmittags 3¼ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Marzipanmeister ges.
vollständig firm in der Fabrikation von Marzipan u. Makronenmasse. Off. u. „F. K." bef. Ann.-Exp. M. L. Rassow, Flensburg. (8568

Logis zu vermieten.
8573) Glandorpstr. 41, III.

[illegible]-Maschine u. Zither zu verk. Marlistr. 10a. (8560

Gr. gut erh. Schlafkorb z. verk. Friedenstr. 39, II. (8557

Kinderwagen zu verkaufen. [illegible] Lohstr. 7 (8558

Sofa u. 4 Stühle z. verk. 8583) Waisenhofstr. 11 a.

2 pf. e. stab. Kinderklappst. 8577) Rotem[illegible]str. 20. III

Borree, sehr gute Petrol-Hängelampe, versch. Blusen, Gr. 42, bill. zu verk. (8574 Travelmannstr. 41/43. II. r.

Zu vk. 1 schw. Tuchjacke, Dam.-Schuhzeug, Gr. 37 u 39. Blücherstr. 41. (8592

W[illegible] Bluse, 44-46 u schicker Hut f. jg. Dame z. verkaufen. (8569 Schwart. Allee 6 I.

Handtasche m. Inh. in d. Kroner [illegible] Allee verl. 8576) Abz. Engelsgr. 43 b.

Grauer [illegible] v. armer Waise auf Bo. w. verl. (8587 Steffen, Böttcherstr. 33

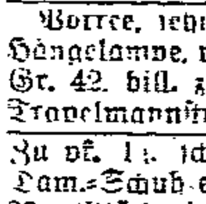
Verloren am Sonnabend, 16. 10. e. Pincenez. Abzg. g. B. (8585) Engelsgr. 75 2.

Ein kl. [illegible] abh. gek. 8566) Abz. Hundestr. 13. II.

Rohrstühle werden geflochten 8582) Obertrave 23. I.

Uebern. alle Stick- u. Flickarb. (8586) [illegible]str. 7a, I.

Verlobungsringe, 333, 585, 750 u. 900 gest. silberne 800 u. versilb. 90° ogst. Eß- u. Teelöffel Tasch.-, Wand- u. Weck-Uhren Hochzeit- u. Patengesch. usw. Uhren-Reparatur-Werkstatt, Goldw.-Reparatur-Werkstatt



Willi Westfehling
32 Holstenstraße 32

Schlafstub.-Einrichtung
und Küche, neu, eichen lackiert, gute Arbeit, billig zu verkaufen.
8563 Depenau 8.

Hohe Preise zahlt für **Kaninchenfelle und Metalle** (8591
Törper, Kloppenstr. 14.

Eimerbier
jeden Dienstag von 3—6 Uhr
8572 **H. Bade.**

Eimerbier
jeden Dienstag. (8578
Hermann Stamer.

Anzeigen
für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

8590
Dienstag und Mittwoch morgen frische Sendung
Seefische.

Kabeljau	℔ 2.60 Mk.
Schellfisch	℔ 2.40 Mk.
Seehecht	℔ 2.80 Mk.
Seeaal	℔ 2.00 Mk.
Dorsch	℔ 2.60 Mk.
Goldbutt, kl.	℔ 2.00 Mk.
" gr.	℔ 3.40 Mk.
Steinbutt	℔ 3.50-4.00
Platen	℔ 1.20 Mk.

Fischkarbonade billigst.
Johannes Boy,
46 Markthallenstand 47
Fernruf 8375.

Wer zahlt die höchsten Preise für Brillant, Platin, Brennstifte **alte Gebisse** (auch zerbrochene)? Gold u. Silber (auch Bruch)? **Nur** Willi Westfehling, (85 5) Holstenstraße 32

Charleville.
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.
Von Dr. Wilhelm Appens, Dortmund.
Mk. 1.80.
Buchh. Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Billig! Billig!
Fahrradgummi
beste deutsche Fabrikate, empf. L. Schöning.
8581) Weißhofstraße 57.
Billig! Billig!

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Luisenlust.
Sonntags u. Dienstags: **Gr. Tanzkränzchen.**
Erstklassigste Musik. 8553
Anfang: Sonntags 4½ Uhr, Dienstags 7 Uhr.

Zentralhallen
Morgen Dienstag: 8588
Gr. Tanzkränzchen. Anf. 6½ Uhr.

Eiserne Oefen
für jeden Zweck zu günstigen Preisen.
Adolf Borgfeldt,
Mühlenstraße 36—44. Tel. 672. 8558

Keine Preiserhöhung
für Schuh-Besohlung und Reparaturen
bei Schuh-Buchholtz
Schwartauer Allee 4, Große Burgstr. 36,
sondern die bisher billigen Preise.
(8571

Von Internationaler Bibliothek
sind wieder vorrätig:

C. Marx, Kapital, I. Band	ℳ 25.—
" Theorien über den Mehrwert, II	" 11.—
" Theorien über den Mehrwert, III	" 10.50
Simon, Gesundheitspflege d. Weibes	" 12.—
A. Bebel, Die Frau u. der Sozialismus	" 15.—
A. Bebel, Aus meinem Leben, 3 Bände	" 42.—
Friedr. Engels, Der Ursprung der Familie	" 10.50

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Dr. Georg Flatow:
Kommentar zum Betriebsrätegesetz
ist für jed. Interessent. unentbehrlich.
60.-70. Tausend. Brosch. 9, gbd. 11 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Chorverein Lübeck.
Mitgliedschaft des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.
General-Versammlung
Mittwoch, den 27. Oktbr. abends 7½ Uhr
im Lokale von Friedr. Lender, Hundestraße 41.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal 1920.
2. Abrechnung v. Sommervergnügen.
3. Erhöhung der Beiträge.
4. Weihnachtsfest.
5. Maskenball und Wahl eines Komitees.
6. Innere Vereinsangelegenheit.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.
8561) Der Vorstand.

Neu erschienen:
Die neue Steuergesetzgebung
Ratgeber für Arbeitnehmer, Beamte und Handwerker von Walter Loeb.
Preis 4.50 Mk.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Alte Gebisse
p. Zahn 10, 12 u. 14 Mk. Platin, Brennstifte, Gold- u. Silbersachen kauft höchstzahld. (8575) Hüxstr. 61.

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit 2,50 Mk.
Kunst der freien Rede von Fritz Müller 2,00 Mk.
Wintermärchen von Heine. 45 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Jugend-Liederbuch
Mk. 2.00
wieder vorrätig.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.
Achtung! Kaufmannsarbeiter!
Versammlung heute,
Montag, den 25. Oktober abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission.
8579
Versammlung der **Roll- und Blockwagenkutscher**
am Dienstag, d. 26. Okt. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Die Ortsverwaltung.

Fledermaus
8 Uhr
(8564
Sehenswerte Bar.
alle Mixedgetränke.

Hansa-Theater
Heute 7½ Uhr (8559
Zum 5. Male.
Die Czardasfürstin
Dienstag, 7½ Uhr:
(8. V. Di-Voll-Ab., H.-Ab. 4. V. Serie II.)
Der gr. Schauspielerfolg
Die Raschhoffs.
Schwank in 5 Akten v. Sudermann.
Mittwoch, 7½ Uhr
Außer Abonnement.
Zigeunerliebe.
Operette in 3 Akten.

Stadttheater Lübeck.
Mont. 7. Volkst. Konz. 7½
Dienst. V. C u. 6. V. t. O.-Ab. Lobetanz. 7 U. (8567
Mittw. V. D u. 6. V. t. S.-Ab. Rose Bernd. 7 Uhr.

Beilage zu Nr. 250.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 25. Oktober 1920

Die Erneuerung des Parteiprogramms.

Die große Programmkommission trat am Freitag im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Genossen Molkenbuhr zusammen. In der gründlichen Generaldebatte wurde beschlossen, daß zwölf Kommissionen gebildet werden, die ihre Arbeiten zum Teil schon am 23. Oktober beginnen werden. Diese Kommissionen sollen die verschiedenen Teile des Parteiprogramms ausarbeiten und das Ergebnis ihrer Bemühungen der großen Kommission im Dezember vorlegen. Dann soll das Werk der Programmkommission einem besonderen Ausschuß zur bestsprachlichen Gestaltung und kraftvollen Wirkung überwiesen werden, während ein Kommentar zu diesem Programmentwurf gleichzeitig ausgearbeitet werden soll. Man hofft, Programmentwurf und die ihn kommentierende Broschüre bis zu Ostern durch Veröffentlichung in der Parteipresse der Diskussion der Parteigenossen unterbreiten zu können.

Die Kommission war überzeugt, daß neben dem Programm noch besondere Spezialprogramme nötig sein werden. Man hält es nicht für unmöglich, daß die Sonderprogramme über das Arbeiterrecht, das Wort in weitestem Sinne gebraucht, und über die besonderen Forderungen der Frauen auf dem nächsten Parteitag vorgelegt werden können.

Die erste Unterkommission soll sich mit dem theoretischen Teil des Parteiprogramms beschäftigen. Ihr gehören, wie auch bei den anderen Kommissionen, vorbehaltlich des Rechts, weitere Mitglieder hinzuzufügen, an: Eduard Bernstein, Adolf Braun, Cunow, David, Molkenbuhr, Müller-Lichtenberg, Vorländer und Wäntig. In die Kommission über die Wirtschaftspolitik, die sich mit der Sozialisierung, den Agrar- und Konsumproblemen beschäftigen soll, wurden gewählt die Genossen: Fellisch-Chemnitz, Gradnauer, Laukötter, Lorenz-Hamburg, Peine, Robert Schmidt, Wissell und Woldt. Die Komunalkommission und die Frauenkommission sollen je ein Mitglied in diesen Ausschuß entsenden. Die Sozialpolitische Kommission soll die Probleme des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, der Erwerbslosenfürsorge, des Rätesystems und der Gewerkschaften behandeln. Ihr sollen angehören die Genossin Gertrud Hanna, die Genossen Hoch, Albert Cohn, Leipart, Müller-Lichtenberg, Robert Schmidt, Sinzheimer, Woldt und ein Delegierter der Kommunalen Kommission. Die Kommission über die Finanzfragen soll Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern und Schulden, Budgetfragen, Valutaprobleme und das Grenzgebiet von Finanzfragen und Sozialisierungsproblemen behandeln. Ihr sollen angehören: Adolf Braun, Paul Hirsch, Keil, Quark, Wäntig. Für die Kommission der Wohnungsfrage wurden vorgesehen: Ellinger, Engler, Grotjahn, Hirsch, Albert Cohn, Wagner-Schöneberg.

Die Zusammensetzung der Kommission über die Gesundheitspflege wurde dem Genossen Grotjahn übertragen. Für die kulturpolitische Kommission, die die sozialdemokratischen Forderungen über Schule, Jugendwohlfahrt, Religion, Kirche und Staat zusammenfassen soll, wurden vorläufig bestimmt: Lohmann, Radbruch, Heinrich Schulz und die Genossin Pfülf. Nach einer programmatischen Fassung unserer Forderungen auf dem Gebiete des Rechts und der Rechtspflege sollen suchen Katzenstein, Hermann Müller, Radbruch, Timm und Frau Pfülf. Die Verfassungs- und Verwaltungsprobleme, wie Einheitsstaat, Zentralisation, Selbstverwaltung, Demokratisierung der Verwaltung, Beamtenfragen, werden für die Programmkommission bearbeiten: Genossin Bohm-Schuch, Gradnauer, Cronefeld, Hoch, Quark, Stampfer und ein Mitglied der Kommunalkommission. Unsere Forderungen auf dem Gebiet der äußeren Politik, der diplomatischen Vertretung, der Staatenverteilung und des Völkerbundes sollen formulieren die Genossen: Bauer, Bernstein, Hermann Müller, Radbruch, Scheidemann, Stampfer, Wäntig und die Genossin Pfülf. Zur Klarstellung unserer Forderungen auf dem Gebiet der internationalen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter, für das Zusammenwirken der parlamentarischen Vertretungen der Arbeiter und für internationale Verständigung sollen wirken die Genossen: Ed. Fischer, Hue, Legien, Molkenbuhr, Stampfer, Peine und die Genossin Gertrud Hanna.

Alle Fragen sollen von einer Kommission, die der Mehrheit nach aus Frauen bestehen soll, unter dem Gesichtspunkt der Fraueninteressen geprüft werden. Dieser Kommission gehören die Genossinnen Bohm-Schuch, Röhl, Juchacz, Schröder-Altona, Todenhagen und Zeppler und die Genossen Grotjahn, Quark und Heinrich Schulz an. Ebenso soll vom kommunalpolitischen Standpunkt unserer Partei jede Programmforderung geprüft werden. Hierfür sind als Mitglieder einer Kommission bestimmt: Ed. Fischer, Paul Hirsch, Leinert, Quark und die Genossin Wachenheim.

Mit Ausnahme einiger Genossen, die durch andere Geschäfte nicht in der Lage waren, am Freitag in Berlin zu sein, war die Kommission vollzählig versammelt. Sie zeigte den freudigsten Eifer, die wichtige Arbeit, ein neues Programm der Partei zu schaffen, mit allem Ernst und mit aller Freudigkeit in Angriff zu nehmen.

Die deutschen Eisenbahnen.

Ueber das Gesamtbild der deutschen [illegible]nbahnen wird folgendes berichtet: Die Gesamtlän[illegible] des Bahnnetzes der preußisch-hessischen Staatsbah[illegible] betrug Ende 1918 mehr als 40 476 Kilometr, der deutschen Bahnen am 31. März 1919 53 003 Kilometer, das ist fast ein und ein halber Erdumfang. Dieser Zahl entspricht auch die Menge der unmittelbar bei der Bahnverwaltung und im Außendienst beschäftigten Personen, die 1918 in Preußen-Hessen 728 799 ausmachte. Es kommen also auf einen Kilometer Betriebslänge rund 18 Beamte. 1895 betrug das statistische Anlagekapital 6 Milliarden 957,3 Millionen Mark. Bereits im Jahre 1900 waren 7 Milliarden 898 Millionen investiert. Der Betriebsüberschuß betrug von 1895 bis 1900 jährlich etwa 6½ bis 7 Prozent des Anlagekapitals. 1905 sind bereits mehr als neun Milliarden eingelegt, 1910 elf und 1915 dreizehn Milliarden, 303 Millionen Mark. Im Jahr 1918 endlich liegen mehr als vierzehn und eine halbe Milliarde Anlagekapital in den preußischen Bahnen. Das Ausgabenkonto ergab 1918 gegen die planmäßige Sollausgabe von 2 996 754 000 Mark eine wirkliche Ausgabe von 4 778 367 009 Mark, das heißt eine Mehrausgabe von 1 781 613 009 Mark oder von 59,45 Prozent. Nach dem Haushaltsplan war ein Betriebsüberschuß von 731 072 000 Mark veranschlagt; tatsächlich ergab sich ein Fehlbetrag von 1 228 841 032 Mark. Der wirkliche Abschluß stellte sich also schon 1918 um annähernd zwei Milliarden oder 268,09 Prozent niedriger als der Anschlag. Auf einen Kilometer durchschnittlicher Betriebslänge war ein Betriebsüberschuß von 18 097 Mark veranschlagt. In Wirklichkeit ergab sich ein Fehlbetrag von 30 451 Mark. Um zu verstehen, wie dieses geradezu erschütternde Ergebnis, das für das Betriebsjahr 1918, also ganz überwiegend für eine Zeit vor der Revolution gilt, möglich wurde, ist es notwendig, das Anwachsen des Betriebsmaterials und die Steigerung der hierfür noch aufzubringenden Kosten festzustellen.

Die Bestände allein an Lokomotiven waren in der Zeit von 1880 bis 1916 von 4419 auf 26 045 Stück angewachsen. Die Zahl der Personenwagen war von 6896 Stück auf 51 265, die der Güterwagen endlich, die das Hauptkontingent des Wagenmaterials bilden, von 88 730 auf 564 743 gestiegen. Zweifellos ist, daß in den letzten Kriegsjahren das gesamte Bahnmaterial in unvorhergesehenem Maße abgenutzt wurde. Eine mit der immer schlechter werdenden Beschaffenheit der Wagen, Maschinen und des Gleismaterials Hand in Hand gehende Folge war ein außerordentlich erhöhter Kohlenverbrauch.

Ende 1918 betrug der Fuhrparkbestand der preußisch-hessischen Bahnen 29 184 Lokomotiven, 54 832 Personenwagen und 624 459 eigene Güterwagen. Die Beschaffungskosten der 1918 angeschafften Fahrzeuge betrugen 602 750 133 Mark, davon wurden aus Betriebseinnahmen nur 151 565 159 Mark gedeckt. Die Gesamtaufwendungen bis 1918 für Beschaffung und Umbau von Fahrzeugen betrugen etwa 6½ Milliarden. Die Beschaffungskosten stellten sich im einzelnen durchschnittlich berechnet für eine Dampflokomotive auf 75 473 Mark, für einen Personenwagen pro Achse auf 6009 Mark und für einen Güterhagen auf 1546 Mark pro Achse. Diese Zahlen gelten als Gesamtdurchschnittszahlen bis 1918.

Die allgemeine Steigerung der Preise für wichtige Bedarfsgegenstände der Eisenbahnen und das verhältnismäßig geringere Anziehen der Frachtpreise seit 1914 veranschaulichen am besten folgende Zahlen: 1914 bis 1920 stiegen die Beschaffungskosten von Kohlen um 1380 Prozent bis 1. März 1920, eine mittelschwere Lokomotive kostete bereits Ende 1919 fast sechsmal so viel wie 1914; die Anschaffung eines bedachten Güterwagens von 15 Tonnen Ladefähigkeit stellte sich am 1. März 1920 um fast 950 Prozent höher als 1914. Das zur Erhaltung der technischen Anlagen und der Maschinen unentbehrliche Schmier- und Mineralöl war am 1. März 1920 um 630 Prozent teurer als am 1. April 1915. Zur gleichen Zeit sind die Frachtsätze nur um 490,64 Prozent bis 1. März 1920 seit 1914 erhöht worden.

Wie schnell sich die Gesamtverhältnisse im ungünstigen Sinne änderten, zeigt eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1917 und 1918. Bei fast unveränderter Gesamtlänge des Bahnnetzes stand 1918 ein Fehlbetrag von 1 228 841 032 Mark einem Ueberschuß von 566 937 069 Mark gegenüber. Auf einen Kilometer kamen somit statt 14 070 Mark Ueberschuß im Jahre 1917 30 451 Mark Schulden 1918 oder auf 100 Mark der Gesamteinnahme ergab sich 1918 ein Fehlbetrag von 34,62 Mark gegen 16,23 Mark Ueberschuß 1917. Die Eisenbahnschulden der Staaten wachsen derartig an, daß 1918, bezw. 1919 bei der Uebernahme der Staatseisenbahnen auf das Reich die Schulden in Preußen rund 75 Prozent, in Bayern 88 Prozent, in Sachsen 73 Prozent, in Württemberg 83 Prozent, in Baden 63 Prozent, in Hessen 95 Prozent, in Mecklenburg 93 Prozent und in Oldenburg 102 Prozent des gesamten Anlagekapitals der betreffenden Staaten betrugen.

Das gesamte errechnete Anlagekapital hatte für alle deutschen Bahnen im Jahre 1917 etwa die Höhe von **24 Milliarden 430 Millionen Mark.** Die Abfindungen, die bei Uebernahme der Bahnbetriebe der Länder vom Reich geleistet werden müssen, belasten dieses mit jährlich rund zwei Milliarden Mark an Zinsen. Die vom Reich voraussichtlich zu zahlenden Abfindungen betragen für Preußen mit Hessen rund 30 Milliarden 623 Millionen Mark, für Bayern 4½ Milliarden, für Sachsen 2 Milliarden 326 Millionen Mark, für Württemberg und Baden zusammen etwa 3 Milliarden, für Mecklenburg und Oldenburg zusammen etwa eine halbe Milliarde Mark. Der trotz äußerster Sparsamkeit für das Rechnungsjahr 1920 erwartete Gesamtfehlbetrag dürfte fünfzehn Milliarden noch überschreiten.

In dem Artikel wird dann noch kurz die Lohnfrage besprochen und betont, daß jetzt an eine Herabsetzung der Löhne nicht gedacht werden könne. Ferner wird Stellung genommen gegen die enormen Gewinne, die noch heute in der Montanindustrie gemacht werden, zu ihrem größten Teil als Lasten auf den Verbraucher zurückwirken. Gerade die Eisenbahn ist vollständig abhängig von der Privatindustrie; und gerade die Eisenbahn als Haupttransportmittel für Waren und nahezu einzige Verkehrsmöglichkeit muß diese außerordentlich hohen Gestehungskosten ihres Betriebsmaterials auf die allgemeine Wirtschaft abwälzen.

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das wär' mir schon recht!

So wären wir uns einig!

Als die Arbeiter hörten, daß Schröter zur Wahl stünde, sagten sie ihm geschlossen ihre Hilfe zu. Er wußte, daß dies ein persönlicher Liebesdienst war. Arbeiterschaft und Kirche waren vielfach einander vorbeigegangen; die Kirche hatte kein Verständnis für die sozialen Bestrebungen der Arbeiter gezeigt; da hatten sie sich abgewandt. Wenn sie nun aber trotzdem zur Kirchwahl antreten wollten, so geschah es aus Liebe zu ihm, nicht aus Interesse für die Kirche.

So ward die Wahlbeteiligung äußerst rege, und Schröter wurde mit erdrückender Mehrheit gewählt. —

Sein Herz schlug hoch, ein wenig Stolz regte sich auf; es war ihm wohl, als gebe ihm das Leben eine Genugtuung für manche Tage der Unbill.

Das Glück lächelte ihm zu. Seine Arbeit gedieh, sein Wort galt etwas in der Gemeinde.

Nun stehst du fest, sagte seine immer noch rüstige Mutter einmal, wenn das der Vater doch noch hätte erleben können.

Gertrud war zu einem hübschen großen Mädchen aufgewachsen, das in allen Stücken der Mutter glich.

Du bist gar nicht meine Mutter, du bist mein Groß-Schwesterlein! scherzte sie wohl, wenn sie hoch und schlank neben ihr stand.

Und schwersterlich-vertraulich war auch das Verhältnis der beiden.

Der Vater, der war ihr eine Respektsperson; einen klügern und bessern Vater gab's im ganzen Dorfe nicht.

„Unser Vater!" — Was schwang da alles mit: Verehrung und Liebe und Stolz.

Und da seine Tochter konfirmiert wurde, kam mit der Bäuerin auch der Großvater wieder in seiner Tochter Haus. Und blieb sogar über Abend.

Und in später Stunde wurde er gar vergnüglich und scherzte.

Das Leben hat uns alle mitgenommen, wir haben jeder ein Scherflein zahlen müssen, der eine mehr, der andere weniger; nun wollen wir aber auf unsere alten Tage den Knüppel in die Ecke stellen, damit wir uns gewehrt! Jetzt will ich meinen Sonntag haben!

Ja, Vater, dein Blut ist ruhiger geworden, und das ist gut! bestätigte die Bäuerin.

Wir alle haben wohl Wünsche unserer Jugend begraben müssen! meinte Schröter, und es waren nicht immer die törichtsten. Es kann nicht jede Knospe aufspringen!

Als dann der Bauer aufbrach, hielt er seinen Schwiegersohn noch einmal fest: Da habe ich auch lange Jahre einen Wunsch gehabt, den ich nun wohl begraben muß. Ich hab' immer gemeint, du tätst mir noch einen Hoferben besorgen. Aber das ist nun nichts!

Schröter gab keine Antwort. Und der Bauer konnte im Dunkel des Hausganges nicht erkennen, ob sein Gesicht etwas dazu sagte. . . .

Im nächsten Jahre fand dann die Pfarrwahl statt. Der alte Pastor ließ sich pensionieren. Fünf Pfarrer waren in die engere Wahl gezogen worden und jeder zu einer Probepredigt hergebeten worden. Drei hatten schon im dörflichen Kirchlein ihr Bestes geboten. Zwei waren bei den Bauern durchgefallen, der eine aber sagte vielen zu. Das hatte er allerdings weniger der Güte seines Wortes, denn der Stärke seines Organs zu verdanken. Wie ein Donner hatte seine Stimme gegrollt, als er den aufhorchenden Besuchern ihre Sünden und die Strafe Gottes vorhielt. Und er rührte die kräftigsten Farben an und malte recht bunt. Er sah nur Gutes und Böses. Und zu den verlorenen Weltkindern rechnete er alle, die den Freuden und der Schönheit und den tragenden und schaffenden Werten der Erde auch nur ein Fingerspitzlein reichten; Anrecht auf die Seligkeit des Himmels hatten nur die Verächter dieses Jammertales, die in kleinlicher und peinlicher Befolgung jedes Bibelsprüchleins und Gesangbuchverses lebten.

„Die Supp' wird nicht so heiß gegessen, wie sie aufgetragen wird", meinten sie zwar; „aber der macht's einem heiß, man schlaft nicht dabei ein, und man tragt was heim!"

Und: „Das Beten hat nie nix geschad't; dazu hat uns der Herrgott auch die Händ' gegeben!"

Auch unter den Gemeindevertretern war mancher, der ihm zustimmte: „Der Bauer will's derb haben, sonst trifft's ihn nicht; von zehn Schlägen gehen doch neun daneben."

Nun sollte heute am letzten Augustsonntag, der vierte Bewerber predigen. Schröter hatte gerade — es war gegen ½9 Uhr morgens, — einen Fremden übergesetzt, der mit dem Frühzug im Dörflein angekommen war und nun über die Waldberge nach dem nicht sehr weiten Kurhotel wandern wollte.

Gerade wollte er wieder am jenseitigen Ufer abstoßen, da rief ihn eine helle Stimme an. Ein Wanderer lief eilend den schmalen Waldpfad herab. Er trug einen hellen Panamahut. Die Gläser einer goldenen Brille funkelten in der hellen Sonne. Eine reife Weizenähre hatte er durch das Knopfloch seiner Joppe gezogen. Ein kleines Bündel hielt er in der Hand.

Schröter hielt ihn für einen städtischen Beamten oder gar Gelehrten.

Guten Morgen! rief er, da hätte ich den Anschluß „zum Jenseits" ja noch gerad' erreicht!

Da seien Sie froh, daß ich nicht der Charon bin, da hätten Sie mir kaum ein Halt zugerufen!

Der Städter sah erstaunt auf. Da haben Sie recht, lebensmüde bin ich noch nicht; im Gegenteil, ich möcht' in meinem Leben noch recht viel sehen und lernen!

Ein starker Wille und ein gutes Herz vermögen viel!

Und ein Paar offene Augen, die die Schönheit der Erde sehen, und Ohren, die da hören, wie der Odem Gottes darin weht, fuhr der Städter fort.

Die Fähre stieß ans Ufer. Der Fremde sah sich um nach den ragenden Wäldern. — —

Auch hier ist die Welt schön und still! Wie ein aufgeschlagen Buch, das der Herrgott vor uns gelegt! — —

Und wer mehr kann, soll auch ein wenig lesen! meinte Schröter.

Ja, die Erde ist die beste Fibel und Bibel! — Und nun sagen Sie mir, wie komm' ich zum Pfarrhaus!

Schröter wies ihn zurecht. Und seine Vermutung stieg da in ihm auf, daß der Herr vielleicht der Pfarrer sei, der heute predigte. Aber dann mußte er doch lächeln; Ein Pfarrer in Strohhut, Sommerjoppe und einem Touristenbündel in der Hand! Aber gefallen würd' ihm der schon!

Da es Kirchzeit war, kleidete er sich um und ging zum Gottesdienst. Die Bank, die den Repräsentanten vorbehalten war, befand sich der Kanzel gerade gegenüber.

Und da das Eingangslied gesungen, trat aus der Sakristei ein junger, schlanker Mensch, und trat mit leichten Schritten vor den Altar.

Es war der Fremde von heute morgen. Fast hätte ihn Schröter in Talar und Beffchen nicht wiedererkannt. Aber die goldene Brille verriet ihn alsogleich.

Aller Augen hingen an seiner jugendlichen, sympathischen Erscheinung, und da er dann nachher die Kanzel betrat und gepredigt, wußte Schröter: Das ist mein Pfarrer!

Das Wort, darüber er gesprochen, war dies: Seid allezeit fröhlich betet ohn' Unterlaß, seid dankbar in allen Dingen; denn das ist der Wille Gottes in Christo Jesu an euch. Dämpfet den Geist nicht, verachtet die Weissagung nicht, prüfet aber alles und behaltet das Gute!

Dieses alte Wort Pauli an die Thessalonicher füllte der Prediger mit neuzeitlichem Geist: Von Philipp Jakob Spehner ging er aus, dem Vater des Pietismus, der den Mut religiöser

Aus der Partei.

Geschlossener Uebertritt. Eine Mitgliederversammlung des „Unabhängigen" Wahlvereins in Trattendorf bei Kottbus hat mit großer Mehrheit beschlossen, geschlossen zur sozialdemokratischen Partei überzutreten. 40 Mitglieder des Vereins folgten diesem Beschlusse. Das Beispiel Trattendorfs dürfte bald in anderen Orten Nachahmung finden.

Arbeiterbewegung.

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes!

Mit brutaler Offenheit ist der deutschen Gewerkschaftsbewegung der Kampf angesagt. Unser in jahrzehntelangen, opferreichen Kämpfen zur mächtigsten Organisation erstarkter Verband soll zertrümmert werden. Seit Wochen und Monaten wird systematisch von der K. P. D. und anderen Sekten gebohrt und miniert.

Nach russischem Muster wollen die Kommunisten, wie ihnen von Lenin vorgeschrieben wird: „Mit List, unter Anwendung illegaler Methoden, unter Verschweigung der Wahrheit in die Gewerkschaften eindringen." Nach Punkt 9 und 10 der berüchtigten Moskauer Bedingungen sollen die organisierten Arbeiter dann den Bruch mit der freien gewerkschaftlichen Internationale vollziehen. Zur Förderung dieser schändlichen Pläne schreibt Rich. Müller in Nr. 1 der „Kommunistischen Rundschau": Gewerkschaftsmitglieder, stellt Euch auf den Boden der Beschlüsse der dritten Internationale und schließt Euch innerhalb der Gewerkschaften organisatorisch fest zusammen."

Der Kampf dieser Opposition (der Alt- und Neukommunisten) in der letzten Vergangenheit für die Herrschaft ihrer Clique über unsere Organisation mit all seinem Terror und schamlosen Niederdracht hat die Berliner Mitgliedschaft innerlich zerrissen, zermürbt und kampfunfähig gemacht. Dieses Elend, unterstützt durch die finanzielle Hilfe der großen russischen Bruderpartei (siehe die „Rote Fahne" vom 1. Oktober) soll noch gesteigert werden, um zuerst alle alten erfahrenen Kollegen durch Anhänger der Internationale zu ersetzen, gleichviel, ob sie fähig sind oder nicht. Wird dieser Selbstzerfleischung nicht bald ein Ende gesetzt werden, so ist es mit der Schlagkraft der größten gewerkschaftlichen Organisation zu Ende, und das Unternehmertum triumphiert.

Kolleginnen und Kollegen! Das darf unter keinen Umständen geschehen! Deshalb rufen wir Euch auf, das letzte Bollwerk der Arbeiterschaft, unsere Gewerkschaft zu schützen. Denkt an die Arbeit der Moskauer, schließt auch Ihr Euch überall zu den gefügten SPD.-Fraktionen zusammen, um auf diese Weise der kommunistischen Welle einen Damm entgegenzusetzen. Nur so haben wir die Gewähr, die Einheit und Geschlossenheit unserer Organisationen zu erhalten. Folgt unserm Beispiel. Nieder mit den Organisationszersplitterungen!

Der Fraktionsvorstand der SPD.-Metallarbeiter von Berlin.

Reichskonferenz der Gemeinde- und Gemeindeverbandsangestellten. In Magdeburg tagte die erste Reichskonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände. 51 Vertreter aus allen Teilen des Reiches waren anwesend. Die Konferenz nahm entschieden Stellung gegen die Absätze 4 und 5 des Preußischen Gesetzes vom 1. Juli 1920 betreffend vorläufige Regelung des Gemeindebeamtenrechts und die Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern vom 2. August 1920. Sie verlangte Klärung des Begriffs „Dauerangestellter" unmittelbar durch das Ministerium unter Hinzuziehung des Zentralverbandes. An der Regelung der Anstellungsbedingungen durch Tarifverträge wurde festgehalten und gegen die Unterstellung der Angestellten unter die Beamtenrechte entschieden protestiert.

Der Abschluß eines Reichstarifs (Manteltarifs) mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände wurde zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, seine Annahme aber von dem Verhandlungsergebnis abhängig gemacht. Besonderer Wert wird dabei auf ein verbessertes Mitbestimmungsrecht gelegt.

Die Konferenz hielt die baldige Schaffung einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation für dringend notwendig.

Eine Zusammenfassung in Industrieverbände wurde abgelehnt, dagegen wird ein enges Zusammenarbeiten mit den Gemeindearbeitern für unbedingt notwendig gehalten.

---

selbständigkeit besessen, der der Lehre des Leben, dem Evangelium Christentum das allgemeine Priestertum aller Gläubigen, der Scholastik das Studium der Bibel entgegengehalten, der die Herzensfrömmigkeit, die persönliche Religion aufs Schild erhoben habe. Auch uns müsse die Religion ein Genießen der Gottheit, Freude in Gott und mit Gott werden.

Diesen Gedanken, die Religion als Freude und Freiheit wählte er nun aus dem Bibelwort heraus:

Die alten Religionen kannten keine Freude, kein Vertrauen, sie standen unter dem Einfluß der Furcht. Auch die Anhänger Jahves im Alten Testament vielfach erwähnten kanaanitischen Religion sind Angstkinder gewesen, sie gaben dem Moloch das Liebste, was sie hatten, weil sie vor ihm zitterten und bebten. Erst viel später hat das wachsende sittliche Bewußtsein den Opferkultus verdeelt und verklärt.

Selbst im Volke Israel war die Furcht-Religion keineswegs überwunden, auch noch nicht zur Zeit Jesu. Und wie steht es heute mit uns! Gibt es nicht noch eine Menge Christen, die ihr bißchen Religion nur durch die Furcht am Leben erhalten, durch die Furcht vor Strafe, vor Vergeltung, vor Hölle oder Fegefeuer?

Diesen allen rufen wir zu: Seid allezeit fröhlich! Freude ist der Grundton aller wahren Religion, Freude in dem Teilhaben an dem, was die Welt trägt und im innersten zusammenhält. Mit offenem Herzen und offener Hand kommt die Religion zu uns und schenkt uns, wessen wir bedürfen; wir brauchen nur verlangend und sehnend die Hände auszustrecken.

Heute ist Sonntag! Ich bin durch eure Waldberge gekommen, durch eure reifen, wogenden Felder gegangen, Gottes Sonne lutet darüber hin; Freude ist in mir hochgestiegen ob dieser blühenden, reifenden Schönheit. Und auch ihr habt sie gesehen, nützt sie empfunden haben. Und wenn ihr hinter dem Pfluge geht, oder die blanke Sense in der Hand haltet, fällt da nicht Freude in euer Herz? Ist die Welt nicht Gottes Altar und euer Tun ein Opfer?

Und denkt an Taufe, Konfirmation und Abendmahl! Geben sie uns nicht Stunden hehrster, heiligster Freude?

Freude aber kann nur sein, wo Uebereinstimmung ist zwischen den beiden Hauptkräften, die unser religiöses Bewußtsein bilden, zwischen Verstand und Gemüt. Darum wird es stets zwei Hauptformen der Religion geben, eine mystische, die im Fühlen findet und finden möchte, und eine rationalistische, die mit dem Zweifel als dem stärksten Hebel des Glaubens rechnet. Welche von diesen beiden Formen deinem persönlichen Lebensiriebe entspricht, die ergreife und fürchte dich nicht! Aber bleibe mir nicht in Halbheiten stecken, sondern tue ganze Arbeit, Gottesarbeit. Und lebst du vom Zweifel, nun, da laß den Zweifel deine Religion sein! Diese Arbeit bleibt keinem von uns erspart, wenn er zur Freude der Religion hindurchdringen will, ob wir darüber eine liebgewordene Vorstellung verloren geben müssen, ist unwesentlich, wenn wir nur uns selber treu bleiben, mit uns selbst in Uebereinstimmung gelangen, dann erneuen wir uns des Friedens und sind allezeit fröhlich.

Fortsetzung folgt.

Protestiert wurde gegen die Versuche der Aufsichtsbehörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Teiltarif für die Angestellten bei Reichs- und Preußischen Staatsverwaltungen aufzudrängen, um dadurch den Abschluß günstigerer Ortstarife unmöglich zu machen.

Ein Antrag auf die Schaffung von Verwaltungsschulen für Angestellte fand Annahme.

In den Reichsfachausschuß wurden gewählt: Klenke-Seelow, Duldhandt-Walmirstedt, Schwartze-Köln, Klofat-Chemnitz, Hadeler-Nüstringen, Menge-Kolberg und Haas-Nürnberg.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 25. Oktober.

Schwierigkeiten in der Zuckerverteilung. Infolge Streiks und sonstiger Verzögerungen in den Raffinerien bei der Herstellung des Zuckers aus der neuen Ernte konnte der für Lübeck bestimmte Zucker bisher nicht geliefert werden. Eine Verteilung von Zucker an die Bevölkerung kann daher vorläufig nicht erfolgen. Es ist aber alles in die Wege geleitet worden, um nach Behebung dieser Schwierigkeiten den Zucker schnellstens nach hier zu bekommen. Irgend ein Grund zu Besorgnissen über das Ausbleiben des Zuckers liegt durchaus nicht vor. Dieselben Schwierigkeiten sind, wenn auch nicht in so augenfälliger Weise, wie diesmal, in jedem Jahre bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eingetreten. Es kommen für die nächsten 4 Wochen wieder 1½ Pfund Zucker auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung.

Entwaffnung der Bevölkerung. Die Frist der freiwilligen Waffenablieferung läuft am 1. November ab. Prämien werden jetzt für ablieferungspflichtige Militärwaffen nicht mehr gewährt, wohl aber noch Straffreiheit. Für rechtmäßig erworbene Militärwaffen (Armeepistolen, Parabellum u. a.) wird bis 1. Novbr. noch Entschädigung gewährt. Wer nach dem 1. November noch Militärwaffen besitzt, hat nach dem Gesetz über die Entwaffnung schwere Freiheitsstrafen zu gewärtigen. Der Reichskommissar hat ausdrücklich die Landeskommissare ermächtigt, bei Einzelpersonen, einzelnen Gemeinden oder Gutsbezirken örtliche Durchsuchungen vorzunehmen, wenn Verdacht vorliegt, daß hier ablieferungspflichtige Waffen verborgen gehalten werden. Alle Lübecker werden daher nochmals zur restlosen Ablieferung der Militärwaffen aufgefordert.

Stadttheater-Lichtspiele. Der schon lange vorher angekündigte Kolossalfilm der Ufa „Sumurun" befindet sich bis nächsten Freitag auf dem Spielplan. Tausende haben an diesem Film mitgewirkt, der ein neuer Beweis für die Leistungsfähigkeit deutscher Filmkunst ist. Morgenländische Sitten und Gebräuche, orientalische Leidenschaft und Liebesraserei, orientalische Farbenpracht, sowie das Haremsleben, rücken in den Gesichtskreis des Zuschauers. Die berühmte Filmdiva Pola Negri spielt die Haupt- und Jenny Hasselquist die Titelrolle. Daneben wirken mit Paul Wegener, Ernst Lubitsch, Harry Liedke, Margarete Kupfer, alles Film- und Bühnengrößen ersten Ranges. Ausverkaufte Häuser werden der Erfolg sein.

Angrenzende Gebiete.

Zum Bezirksparteitag des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein,

der am 7. und 8. November, vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Kiel tagt, sind uns folgende

Anträge

zugegangen. (Die längeren Anträge geben wir aus Rücksicht auf den Raummangel nur im Auszug wieder.)

Zum Organisationsstatut und zur Agitation:

Werbeausschuß des Kreises Lauenburg: Dem Bezirkssekretär des 5. Bezirks soll zur Pflege der Mitgliederbewegung in den ländlichen Gebieten eine Hilfskraft gegeben werden. Drei Anträge beziehen sich auf Aenderungen des Statuts in dem Sinne, daß die Namen der Instanzen in der Organisation geändert werden und daß der Bezirksvorstand die Kosten für alle Vorträge in öffentlichen und in Mitgliederversammlungen übernimmt, die durch den Unterbezirk oder die Kreisleitung vermittelt werden. Der Bezirksvorstand soll Mittel zur Organisation und Belehrung der Elternbeiräte bereitstellen und schnellstens bezirksweise Zusammenkünfte der S.-P.-D.-Mitglieder der Elterbeiräte veranlassen.

Ortsverein Hoisbüttel (Genosse L. Biester): Mehrere Anträge, die sich mit der Schaffung und Organisation von Arbeitsgemeinschaften der Kreise befassen. Diese sollen weitreichende Funktionen haben, vor allem in der Führung der Kreis- und Gemeindepolitik. Die Kosten der Einrichtung soll der Bezirksvorstand zahlen.

Agitationskommission des 5. Bezirks: Der Bezirksvorstand soll jährlich zwei Kreiskonferenzen der Kreisarbeitsgemeinschaften finanzieren.

Konferenz des 5. Bezirks: Der Kreis Segeberg soll vom 5. Bezirk abgetrennt und diesem dafür der Kreis Pinneberg gegeben werden. Auf alle Fälle aber Verlegung des Sekretariats von Oldesloe nach Wandsbek.

Presse:

Ortsverein Flensburg: Von den Mitteln, die während der Wahlagitation für die Flugblattverbreitung bestimmt sind, soll ein Teil der Parteipresse zur Verfügung gestellt werden. Das Verbreitungsgebiet der „Flensburger Volkszeitung" soll der ganze erste Bezirk sein.

Konferenz des 5. Bezirks: Dem „Bergedorf-Sander Volksblatt" soll weitmöglichste finanzielle Unterstützung seitens des Bezirksverbandes zuteil werden.

Sonstiges:

Ortsverein Flensburg: Der Parteitag möge dafür sorgen, daß die Existenz der Abgeordneten gesichert wird.

Ortsverein Ahrensbök: Zur Maifeier sollen sich die einzelnen Orte möglichst zusammenschließen, um so die Demonstration eindrucksvoller zu gestalten.

Ortsverein Gettorf: Der Bezirksparteitag wolle erwägen, ob sich das paritätische Verhältnis zum Verband für freies Bildungswesen, Sitz Neumünster, weiterhin rechtfertigt und ob dadurch Bildungsbestrebungen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung gewährleistet sind.

Der Bezirksvorstand: J. A.: Rudolph Hackelberg.

Reich und Ausland.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Landsberg a. d. W. verurteilte die Flößersfrau Sieske aus Zantoch, die ihren Ehemann im Streit wegen eines Liebhabers erdrosselt hatte, während der 15jährige Sohn die Mordstätte beleuchtete, zum Tode. Der Sohn wurde wegen Minderjährigkeit freigesprochen.

Ein Hamburger in Berlin ermordet. Ein Raubmord wurde Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr in Berlin, in dem Hotel „Werkmeister", Mittelstraße 42, an dem Kaufmann Hugo Kuhlenkamp aus Hamburg begangen. Der Mörder, ein Kaufmann Gustav Lange, ebenfalls aus Hamburg, hatte sein Opfer unter dem Vorwand, ein Geschäft mit ihm zu machen, in das Hotel gelockt und dort mit einer Steinschleuder erschlagen. Die Tat wurde sofort bemerkt und der fliehende Mörder Unter den Linden eingeholt und verhaftet. Zur Beraubung seines Opfers ist der Mörder, der bei seiner Verhaftung noch 1370 Mk. in seinen Taschen hatte, durch das schnelle Hilferufe seiner Zimmernachbarin nicht mehr gekommen.

Ein Mörder freigesprochen. Vor dem Schwurgericht in Karlsruhe hatte sich der 21jährige Student Robert Engelhorn aus Baden-Baden, Sohn des Kunstmalers Professor Engelhorn, wegen Mordes zu verantworten. Der Angeklagte hat am Sonntag, dem 7. März d. J., in Baden-Baden am hellen Morgen auf offener Straße den etwa gleichaltrigen jüdischen Studenten Franz Cohn ohne jeden [illegible] erschossen und sich dann selbst einen Schuß in den Oberschenkel beigebracht. Die Tat erweckte damals großes Aufsehen und gab zu der Vermutung Anlaß, Engelhorn habe aus antisemitischen Beweggründen heraus gehandelt. Der Angeklagte bestritt dies. Sein eigentlicher Beweggrund sei das Verlangen gewesen, aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Die medizinischen Sachverständigen kamen zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte an Dementia praecox (verfrühte eintretende geistige Greisenschwäche) leide und er für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Der Staatsanwalt plädierte für Bejahung der Schuldfrage auf Mord. Die Geschworenen verneinten dies jedoch und ebenso die Frage auf Totschlag. Der Angeklagte wurde daraufhin freigesprochen und einer Irrenanstalt überwiesen.

Schweres Eisenbahnunglück in Ostasien. Aus Wladiwostok wird gemeldet, daß der Postzug von Wladiwostok nach Scharbin bei Pogranichnajo verunglückte. 100 Personen wurden getötet, darunter die Schauspieler und Schauspielerinnen der Dorinstruppe, der bekanntesten Truppe in Ostasien.

Wohnungsnot in Neuyork. Die „Times" melden aus Neuyork, daß die sozialistischen Mitglieder des Stadtrats von Neuyork einen Antrag eingebracht haben, wonach das Unbewohntlassen der Paläste der Millionäre unter Strafe gestellt wird; sie betonen, daß in ganz Neuyork kein einzelnes Zimmer zu mieten ist, während in dem Millionärviertel ungefähr 250 Paläste mit 20 bis 100 Zimmern sich befinden, die allein durch Hausverwalter bewohnt werden.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo", die beiden Unzertrennlichen und Unverwüstlichen, übten am Sonntag die gewohnte große Anziehungskraft und starke Wirkung auf das Publikum aus. Frl. Elfriede Hentrich war als Santuzza gesanglich gut, in der Darstellung temperamentvoll, aber noch nicht immer ganz überzeugend. Aeußerlich überraschend italienisch-echt, sonst, trotz stimmlicher Vorzüge, noch etwas unsicher und zu wenig der unbekümmerte Bauernbursche Turiddu war Paul Marion. Daß niemand froher sein kann als ein wackerer Fuhrmann, merkte man Helmut Seiler als Alfio nicht an, der von vornherein, als es noch garnicht nötig war, recht verdrießlich erschien, aber in der großen Szene mit Santuzza Leidenschaft entwickelte. Else Buchholz sah als Lola sehr nett und kokett aus und sang auch erfreulich. Die Lucia war bei Ruth Molnar gut aufgehoben.

Im „Bajazzo" bot Wagner als Canio, der stimmlich und darstellerisch bedeutend gewachsen ist, eine glänzende Leistung. Packend gestaltete Liszewski den Tonio, der von ihm als überaus häßlicher, lahmer und hinkender Mensch charakterisiert wurde. Sein markiges Organ kam in dem ausdrucksvoll gesungenen Prolog bestens zur Geltung. Alice Bruhn setzte sich erfolgreich für die Nedda ein. Lobenswert waren ferner Josef Habbig als Beppo und Christian Köhnker als Silvio. Von Albert Hugelmann als Spielleiter waren die Bühnenbilder teilweise anders als früher hier üblich angeordnet und versucht, das Volksleben mit kleinen besonders ausgedachten Einzelheiten charakteristischer herauszuarbeiten. Eine gewiß löbliche Absicht. Die musikalische Leitung führte Kapellmeister Martin frisch und mit Schwung, nur vermißte man verschiedentlich das wünschenswerte Einvernehmen auf der Bühne und zwischen der Bühne und dem Orchester. Dafür muß noch besser gesorgt werden. Das ausverkaufte Haus war mit dem Gebotenen sehr zufrieden und lohnte die Mitwirkenden durch anhaltenden Beifall. X

Handel und Industrie.

Deutsche Lokomotiven für Rußland. Das „Berliner Tageblatt" läßt sich aus Dresden berichten: Wie in hiesigen wohlinformierten industriellen Kreisen verlautet, steht der Abschluß eines Vertrages mit Rußland unmittelbar bevor. Der Auftrag sollte erst nach England gegeben werden, aber die englischen Forderungen waren zu hoch, so daß sich die Sowjetregierung entschloß, die Lokomotiven in Deutschland bauen zu lassen. Bei dem Auftrag, der sich auf etwa 600 Millionen Goldmark beläuft, ist allerdings die Bestimmung getroffen, daß er in Wirklichkeit erst dann erteilt wird, wenn der russisch-polnische Streit beigelegt ist. Die Verträge sind aber in allen Einzelheiten bereits fertiggestellt und harren nur noch der Unterzeichnung. Das russische Geld wird bei zwei auswärtigen Banken angelegt, wo der deutschen Regierung entsprechende Kredite für Lebensmittel- und Rohstoffankäufe eröffnet werden sollen. Für die Ausführung der russischen Riesenbestellung hat sich in der deutschen Industrie ein Konzern gebildet, dem folgende Firmen angehören: Hartmann (Chemnitz), Borsig (Berlin), Maffei (München), Krupp (Essen) und Henschel (Kassel). Auch die „Rote Fahne" hat neulich berichtet, daß eine Bestellung auf 6000 Eisenbahnlokomotiven und eine große Anzahl Turbinen ergangen sei. Wie das „B. T." weiter schreibt, sind die Verhandlungen bis zum Abschluß noch nicht gediehen. Es müssen noch Fragen, die den Bezahlungsmodus und die Garantien betreffen, geregelt werden. In Ententekreisen ist der Gedanke ausgesprochen worden, daß das russische Gold nicht nach Belieben der Sowjetregierung verwendet werden dürfe. Der Vertrag selber würde einem wichtigen Teile der deutschen Industrie in sehr wertvoller Weise Arbeit sichern. Das würde man begrüßen müssen, auch wenn ironisch veranlagte Personen darauf hinweisen sollten, daß die führenden Firmen der deutschen Schwerindustrie, trotz ihrer gewiß antibolschewistischen Gesinnung, dem Bolschewismus zur Weiterfahrt verhelfen.

Wo herrscht der größte Kohlenmangel? Zwischen der deutschen offiziösen Presse und der französischen Havasagentur wird ein Streit darüber geführt, welches Land am meisten unter Kohlenmangel leidet. Deutsche Blätter haben behauptet, in Frankreich herrsche Kohlenüberfluß, während es rücksichtslos auf Lieferung der im Friedensvertrag ausbedungenen Kohlenlieferungen dränge, um die deutsche Wirtschaft zu ruinieren. In der französischen Presse kann man umgekehrt lesen, Deutschland verfüge über weit mehr Kohlen, als es brauche, es mache sich zusehends wirtschaftlich wieder stark, während Frankreich noch immer unter der furchtbaren Zerstörung seiner Kohlenbergwerke leide. Richtiger als derartige fruchtlose Auseinandersetzungen wäre jedenfalls die möglichst gleichmäßige Steigerung der Kohlenförderung in beiden Ländern und ein Austausch der Produkte, die durch das Wiedererstarken der Wirtschaft gewonnen werden. Im allgemeinen sind die Zustände hüben wie drüben. Das spiegelt sich gerade auch in den ganz gleichartigen Klagen der Bevölkerung, die durch die Presse laut werden. Wenn Frankreich im Kriege selbst mehr Zerstörungen erlitten hat als Deutschland, so ist nach dem Kriege doch ohne Frage Deutschland weit härter geschädigt worden als jedes andere Land. Und kein Ausländer, der den vorigen Winter in Deutschland verlebt hat, wird bestreiten können, daß die Kohlennot eine ganz fürchterliche war. Auch das Darniederliegen unserer wichtigsten Industrien ist Beweis genug für den Kohlenmangel, an dem wir leiden. Es wäre sadistisch und selbstmörderisch zugleich, wenn Frankreich auf dem Schein des Friedensvertrages in der Kohlenlieferungsfrage bestehen bliebe, nachdem es alles erhalten hat, was für die Heilung seiner wirtschaftlichen Wunden zunächst einmal notwendig war. Denn gedeihen kann auch Frankreich nicht, wenn Deutschland völlig zusammenbricht.